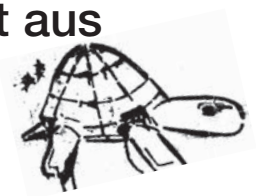
libertäres 1½
Monatsheft aus
Leipzig



Feierabend!

September/Oktober 2005

Scheiternde Staaten

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist das „Ende der Geschichte" (Fukuyama, Francis: *The End of History and the Last Man,* 1992), der kapitalistische Weltfriede, ausgeblieben. Im Gegenteil: militarisierte Gewalt und Kriege nehmen zu, die Rüstungsausgaben weltweit steigen wieder und immer mehr vormals zivile Bereiche werden mit dem militärischen Sektor verknüpft und für dessen Ziele missbraucht. Dies äußert sich nicht in erster Linie im anstehenden Krieg gegen den Iran und Besatzung und Widerstand in Irak und Afghanistan, sondern in der mittlerweile beinahe alltäglichen Entsendung von „Militärberatern", in Polizeimissionen in der sog. „Dritten Welt", in „Friedensmissionen", Katastrophenhilfe und EU-finanzierten Militäraktionen der Afrikanischen Union in Afrika. (Karte S. 12/13)

Kampf um Ideologien

Der Kampf der Ideologien war also nicht die dominante Triebfeder kriegerischer Außenpolitik. Viele sehen im Kapitalismus selbst eine Tendenz bzw. Notwendigkeit zum Imperialismus, da sich nur durch Erschließung und Unterwerfung neuer Gebiete die Widersprüche des Kapitalismus kompensieren und sich die Widersprüche gegen den Kapitalismus nur durch einen äußeren Feind bezwingen ließen. Die dauerhafte Absicherung des sog. sozialen Friedens, einer eklatanten Ungleichheit macht den Aufbau repressiver Organe notwendig, die vordergründig gegen diesen äußeren Feind gerichtet sind, der nach Innen integrierend, einigend wirken soll. Diese These scheint

...Fortsetzung auf Seite 11...

Abschied von der Lohnarbeit

Recht auf Faulheit!

Die „Agenda 2010", seit Anfang des Jahres in Kraft, ist gescheitert. Die Arbeitslosenzahlen sind unverändert hoch, und auch die Kosten der Maßnahme sind höher ausgeplant, die Zeitung gefallen als Süddeutsche sprach von ca. 6,4 Milliarden Euro. Verwundern kann dieses Versagen nicht, geht die Agenda 2010 doch ohnehin weit am Kern des Problems vorbei. Zunächst ist ja weniger die Arbeitslosigkeit das Problem, als vielmehr die finanzielle Notlage, die daraus folgt. Und um zu erkennen, dass es nicht mal annähernd so viele freie Stellen wie Erwerbslose gibt, reicht das leidliche Beherrschen der Grundrechenarten aus. Dass das Problem nicht nur in der (unterstellten) individuellen Faulheit der Betroffenen begründet liegt, hätte der Regierung also durchaus klar sein müssen. Nur statt das zur Kenntnis zu nehmen, wurde weiter so getan, als müsse man die

...Fortsetzung auf Seite 4...

kommentar

Es ist tatsächlich so, daß die jüngeren Generationen im deutschen Staatsgebiet der bundesrepublikanischen Parlamentarei desillusioniert gegenüberstehen. Und das nicht etwa aus mangelndem Interesse an der Sache, wie oftmals ja unterstellt wird, sondern aus schierer Hoffnungslosigkeit, ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ideale würden jemals noch den Weg zu und aus den Parteiprogrammen in die politische Wirklichkeit finden. Die Skepsis der Jugend beweist ihr Gespür für Wahrheit. Die deutsch-nationalen Parteien stehen mit dem Rücken zur Wand: Staatsverschuldung, verfehlte Migrationspolitik, Subventionsdschungel und ausufernde Bürokratie, schlechte Konzepte & Beratung und so gut wie kein Rückhalt in Basisbewegungen kennzeichnen den Zustand der deutschen All-Parteien-Kultur.

Da der deutsche Staat aber keine Mindestwahlbeteiligung kennt, werden wir also auch nach dem 18. September 2005 wieder eine Staatsregierung haben, die uns hohle Phrasen für Lösungen, Geld für Nahrung verkaufen will. Trotz der Entpolitisierung in allen Schichten, trotz aller Ungültig-Wählen-Kampagnen. Angesichts dieser düsteren Aussichten für Emanzipation und Selbstorganisierungen erscheint die offensichtliche Degeneration des deutschen Bildungsbürgertums geradezu lächerlich. Günter Grass sollte das Verdienstkreuz erster Klasse erhalten, für seinen Vorschlag in Sachen Nobel-Friedens-Kanzler. Oder hat er das schon? Wenn, dann aber mit Live-Schaltung auf allen neuen Springerkanälen. Apropos: Leider kann mensch ja derzeit im Leipziger Fernsehen eher die transnationalen Unternehmen bei der systematischen Unterwanderung der Leipziger City beobachten, als die Subversion der Verwaltung durch die Leipziger Bevölkerung. Aber wir sollten vorerst kleine Brötchen backen: Eine Tasse frischen Kaffee oder Tee, eine nette Plauderei am Rande dürften so manchem Proletarier unter den Straßen Leipzigs ein Gefühl von Gastfreundschaft und Verbundenheit geben. Und letztlich den Weg zu dem öffnen, was wir doch alle wollen: Freien Konsum! Oder? (clov)

Sommerloch vorbei! +++ Dritter Geburtstag vom ***Feierabend!*** + viele sind von uns gegangen: kao dawn lilo v.sc.d lllydia soja bäh + Hoch die Flaschen! +++ Immer gerne Frischfleisch für die Redaktion + VegetarierInnen auch + VeganerInnen? Na gut + Hauptsache schwindelfrei + unser Büro ein Heißluftballon + nicht wie labournet.de und antiatomaktuell + noch nicht +++ Merke: 3. Oktober gibt's auch dieses Jahr. + zahlreich gegen Nazis! +++ Schildkröte Rezi noch im Urlaub + Als Vertretung, ihre Tante von der Bordsteinkante +++ Im Heft überall Staatskritik + welche Krise? +++ Ausserdem: dünne Beilage + Repression nach Genua '01 + selbstorganisierte Produzenten & Angeklagte + Grund genug + ausnahmsweise +++ unsere neue e-mail: **feierabendle@web.de** + jetzt aber wirklich + time out fuer hotmail.com ++++++ Viel Spass beim Lesen und feste Briefe schreiben. Redax.

Papa Staat: "Wehe den Pflichtvergessenen...!"

Im **"Magdeburger 129a-Verfahren"** setzt das zuständige Oberlandesgericht Halle auf möglichst lange Beugehaft für zwei Aussageverweigerer.

Derzeit läuft das zweite Revisionsverfahren im Gefolge des Prozesses gegen drei Personen aus der autonomen Bewegung in Magdeburg (Marco, Carsten und Daniel). Ihnen wurde vorgeworfen, 2001 und 2002 Brandanschläge auf ein LKA-Gebäude, einen BGS-Einsatzwagen, ein Autohaus und Fahrzeuge der Telekom begangen zu haben. Während der Ermittlungen wurden die Magdeburger Zusammenhänge massiv beschattet und Aussagen erpresst.

Am 16.12.03 war Urteilsverkündung: Carsten wurde mangels Beweisen freigesprochen, womit auch die Anklage nach 129a hinfällig wurde, da eine „terroristische Vereinigung" per Definition mindestens drei Mitglieder hat. Die anderen beiden gingen gegen die Verurteilung zu 2,5 bzw. 2 Jahren Haft in Revision. Im zweiten Prozess wurde das Urteil gegen Marco bestätigt: 2,5 Jahre ohne Bewährung und sämtliche Verfahrenskosten.
Momentan läuft also der dritte Prozess, das Revisionsverfahren von Daniel. In diesem verweigerten insgesamt elf ZeugInnen die Aussage – Marco und später auch Carsten wurden dafür auf Anordnung von Richter Braun in Beugehaft genommen und zu Geldstrafen verurteilt. Beugehaft – endlich mal eine aussagekräftige behördliche Bezeichnung – ist eine disziplinarische Maßnahme, die für bis zu sechs Monate verordnet werden kann. Denn von Ausnahmefällen abgesehen (Selbstbelastung, Verwandschaft), ist man als Bürger vor Gericht zur Zeugenaussage verpflichtet. Das Gericht nimmt dabei keine Rücksicht auf die materiellen Folgen für den betroffenen Zeugen – für die Dauer der Haftzeit werden bspw. Sozialleistungen wie ALG II oder Kindergeld eingestellt, obgleich Kosten wie Miete freilich weiter anfallen. Trotz dieser Aussichten hatten 11 ZeugInnen in einem Kollektiv erklärt: „dass es keine harmlosen Aussagen gibt" und dass sie es nicht (ein)-"sehen, FreundInnen zu denunzieren oder ihre persönlichen Verhältnisse dem Gericht offen zu legen."
Nun wird das Verfahren mit Prozesstagen, die durchschnittlich eine Stunde dauern(!), weiter verzögert – so wird auch die Beugehaft in die Länge gezogen. Am 8.8.05 dauerte die Verhandlung ganze acht Minuten, nachdem ein Zeuge vernommen worden war, der bestätigte, dass Daniel in einer Anschlagsnacht (18.3.2002) auf einer Geburtstagsfeier war.
Die nächsten Verhandlungstage finden jeweils am 13.9., 4.10., 1.11. 2005 ab 9:30 Uhr im Justizzentrum Halle, (Thüringerstr. 16) statt. Kommt zahlreich, um zu zeigen, dass Carsten und Marco nicht alleine sind!
Unterstützung erhalten die Betroffenen dabei v.a. von der Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg, die nicht nur im Oktober 2003 eine Demo mit 3.000 TeilnehmerInnen organisierte, sondern auch jetzt noch aktiv ist: am 18. Juni 2005 fand in Magdeburg eine bundesweite Antirepressionsdemo statt, die mit 300 Leuten eher leidlich besucht war. Am 28.8. schließlich versammelten sich 50 UnterstützerInnen aus verschiedenen Städten vor der Justizvollzugsanstalt (JVA) Halle I zu einer Kundgebung – gut zwei Stunden lang spielten sie Musik und konnten auch Blickkontakt mit einigen Inhaftierten aufnehmen.

Infos & News auf www.soligruppe.de

TERMINE

11.09. *(19 Uhr) Lpz., am Brühl*
„Philemon&Baucis und die Faust AG", *Strassentheater*

24. 09. *(15 uhr) Dresden*
Wie weiter mit dem sozialen Zentrum?
Club Hecht, Hechtstraße 32

28.09. *(17 uhr) Leipzig*
„Deutsche Verhältnisse und die Nazis - Was tun am 3. Oktober?"

Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstäterInnen ohne Bezahlung.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.

Arbeitsrechtsgymnastik ist langweilig

In der letzten Ausgabe (*#18*) berichteten wir davon, wie ein Unternehmen (*Saturn*) versuchte, die weitverbreitete Unkenntnis in Sachen Arbeitsrecht auszunutzen – und sich dabei verkalkulierte.

Einer Aushilfskraft wurde kurzfristig gekündigt, woraufhin sie sich an ihre Gewerkschaft wandte. In der *Freie ArbeiterInnen-Union Leipzig* (FAUL) wurde daraufhin diskutiert, ob man aufgrund der mangelnden Verankerung im Unternehmen zunächst den juristischen Weg einschlagen oder gleich auf Öffentlichkeitsarbeit vor Ort bauen solle, um Druck aufzubauen. Der Betroffene entschied letztlich, eine Klage beim Arbeitsgericht einzureichen. Denn rechtlich war klar, dass Saturn den Vertrag nicht eingehalten hatte – Unklarheit bestand lediglich darüber, ob es für den Streitwert eine untere Grenze gibt. Die FAUL schickte ein Schreiben an Saturn: man werde die Sache beobachten und „gegebenenfalls eigene Schritte zur Unterstützung (...) unternehmen."

Einige Tage nach Einreichung der Klage erhielten beide Parteien vom Arbeitsgericht eine Vorladung zum Gütetermin. Es setzte also das normale Prozedere ein, das einer Verhandlung vorausgeht.

Binnen einer Woche erklärte sich Saturn nun in mehreren Briefen zu einer außergerichtlichen Einigung bereit – man wolle den Lohn überweisen. Außerdem suchte die Personalabteilung, anscheinend etwas nervös, telefonisch zu erfahren, ob die Klage zurückgezogen werden würde. Genau das hat der Betroffene dann mit einem Schreiben an das Arbeitsgericht getan, und drei Tage später waren 80 Euro auf dem klammen Konto gelandet.

Unter'm Strich: - ist Saturn in einem Einzelfall nicht mit der wohl ansonsten gängigen Praxis durchgekommen, - hat der Betroffene seine Kohle bekommen und die FAU konnte auf dem Papier glänzen.

Die Aktion war vor allem deshalb so erfolgreich, da sich Saturn vertragsrechtlich selbst ein Bein gestellt hatte und daran durch den Brief des Arbeitsgerichts erinnert wurde. Das Vorgehen der FAUL spiegelt dabei keinen Mangel an Vertrauen in unsere kollektive Kraft als (nicht-)entlohnte ArbeiterInnen wieder, weil es dem Willen des Betroffenen entsprach, worin ein wesentliches Merkmal des Anarchosyndikalismus zum Vorschein kommt.

Es lässt sich aus dieser Begebenheit auch nicht schlussfolgern, dass sich die SyndikalistInnen von heute auf die Umsetzung verbriefter Rechte beschränken wollten, sondern eher, dass man trotz aller Ideale die Augen nicht vor den verschiedenen realen Handlungsmöglichkeiten verschließt.

hannah

- Emissionshandel - Der Kampf für das Gute

Als Ende 2004 mit der Ratifizierung durch Russland als 140. Staat das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz in Kraft treten konnte, da war die Freude allseits groß. Um einer weiteren Erderwärmung vorzubeugen, soll der Ausstoß von Kohlendioxid (CO_2) und fünf weiteren Treibhausgasen weltweit bis 2012 um 5,2 Prozent gesenkt werden. Seit dem 1.1.05 müssen zu diesem Zwecke 12.000 Unternehmen in der EU für jede Tonne CO_2 einen Emissionsberechtigungsschein vorweisen – der notfalls gekauft werden muss.

Klingt ganz so als hätten sich da Markt-Fanatiker ein Biotop kreiert: Der Staat teilt den Firmen im territorialen Rahmen ein bestimmtes Kontingent zu, deren landesweite Summe auf EU-Ebene festgelegt wird, wobei man sich dort am „Nationalen Zuteilungsplan" orientiert – und alles weitere, die Geschäfte regelt die Balance des Marktes. Dieser Markt des EU-Emissionshandelssystems, das sind derzeit sechs Börsen, von denen sich mit der European Energy Exchange (EEX) eine in Leipzig befindet. Jeder gehandelte Emissionsschein, der über den Börsentisch geht, ist in der Tat eine Subventionierung – Ende August soll, so der Bund der Energieverbraucher e.V., der Marktwert bei 33 Mrd. Euro gelegen haben. Bis April 2006 sind die Zertifikate für die reellen Emissionen von 2005 aufzubringen.

Tja, auch der Leipziger Markt wächst: von März bis Juni wurden mehr als 0,5 Millionen „Allowances" gehandelt, der Stückpreis stieg vom Eröffnungspreis am 9. März von 10,40 Euro auf bis zu 17,70 Euro, auch die Handelsteilnehmer mehren sich. Der Kampf für das Gute muss geführt werden: für Umweltschutz und für Wachstum … und letztlich gibt es doch nur eine Ware mehr auf dem Weltmarkt.

A.E.

...Fortsetzung von Seite 1...

Abschied von der Lohnarbeit

Erwerbslosen bloß genug unter Druck setzen, um sie alle in Lohn und Brot zu zwingen. Nützen tut das freilich nichts, vielmehr wird die ohnehin prekäre Lage weiter Bevölkerungsteile nur verschlimmert.

Gürtel enger schnallen?

Angesichts des offenbaren Versagens der Agenda 2010 liegt es nahe, nach Alternativen zu suchen. Eine Idee, die derzeit wieder verstärkt diskutiert wird, ist das sogenannte „Existenzgeld". Dieser Forderung hat sich z.B. das *Netzwerk Grundeinkommen* verschrieben, die 2004 gegründete deutsche Zweigstelle des *Basic Income European Network*, auch bei *Attac* setzt man sich dafür ein. Als weiteres Beispiel wäre der Berliner Kultursoziologe Wolfgang Engler zu nennen, der in seinem kürzlich erschienenen Buch „Bürger, ohne Arbeit" ähnliche Ideen vertritt.

Die Grundidee ist die, dass prinzipiell jeder Mensch ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum hat (und das unabhängig von irgendwelchen vorher erbrachten Leistungen). Das würde nicht nur Unterstützung für Grundbedürfnisse wie Obdach, Kleidung und Nahrung umfassen, auch die Teilhabe am kulturellen Leben soll damit gesichert werden (also etwa Kino- und Museumsbesuche usw.). Das geforderte „Existenzgeld" wäre demnach *nicht* identisch mit dem bloßen Existenzminimum. Ebenso sollen mit dem Erhalt dieses Existenzgeldes auch kein Arbeitszwang und keine Schikanen mehr verbunden sein. Wer Arbeit will, soll sich eben selbst darum kümmern – die Vermittlungserfolge der Arbeitsagenturen sind eh nicht allzu berauschend.

Ein zunächst nicht unsympathischer Gedanke also. So ist es sicher richtig, entgegen der derzeit geübten Verzichtsrhetorik eben nicht den Gürtel enger zu schnallen, sondern auf einem menschenwürdigen Leben für alle zu bestehen. Trotzdem ist die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen in sich nicht ganz schlüssig – vor allem, wenn man dieses, wie *Attac* und das Netzwerk *Grundeinkommen* das tun, als Mittel zur Überwindung des Kapitalismus versteht.

Markt, Kapital & Staat

Die Frage ist, warum man dabei ausgerechnet vom Staat Unterstützung erwarten soll (schließlich wäre auch das „Existenzgeld" immer noch eine staatliche Zuwendung). Im Gegensatz zur Meinung vieler heutiger „Globalisierungskritiker", die den Nationalstaat als letztes Bollwerk gegen den weltweit grassierenden Neoliberalismus sehen, war dieser schon immer eng mit der Wirtschaft verbunden und eben keine neutrale Instanz. Deutlich wird das etwa in der Strafgesetzgebung, die sich in ihrer Gänze am Prinzip „Haben vor Sein" ausrichtet. Angriffe auf das Eigentum werden härter geahndet als solche auf Leib und Leben; so liegt die Höchststrafe für Kindesmissbrauch bei 5 Jahren Gefängnis – bei 5 Jahren fängt das mögliche Strafmaß für Handtaschenraub erst an.

Auch der Sozialstaat lässt sich als Ausdruck dieser Symbiose von Kapitalismus und Nationalstaat sehen. Zum einen dient das sozialstaatliche Umverteilungssystem dazu, die sich aus der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsweise ergebenden Härten für die Bevölkerung abzufedern und halbwegs erträglich zu gestalten. Zum andern geht es darum, eben dieses Wirtschaftssystem, das fortwährend neue „Sozialfälle" produziert, zu stabilisieren und am Leben zu halten. Denn es ist keineswegs so, dass das freie Wirken des „Marktes" Wohlstand für alle bringt. Weit entfernt davon führt die Konkurrenz am Markt zu einer stetigen Polarisierung in arm und reich. Wer viel Kapital besitzt, hat eben bessere Möglichkeiten, noch mehr daraus zu machen, als jemand, dessen Einkommen grad zum Überleben reicht. Die Funktion des Sozialstaates ist es, die sich daraus ergebenden Konflikte soweit abzumildern, dass sie nicht zur Gefahr für die bestehenden Verhältnisse werden. Zum andern dient das Sozialsystem auch dazu, die Arbeitskraft der Erwerbslosen zu bewahren, d.h. sie vor der völligen Verelendung zu bewahren, damit sie weiter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Unterstützung wird also nur unter der Maßgabe gewährt, dass die grad erst von den Zwängen der Lohnarbeit „freigesetzten" Individuen möglichst bald in diese zurückkehren.

Nicht umsonst wurden die Grundlagen des heutigen Sozialsystems von Otto von Bismarck gelegt, um der sozialistischen Bewegung den Boden zu entziehen. Auch der nach 1945 in Deutschland entstandene moderne Sozialstaat war ein Modell, das dazu diente, soziale Ungleichheiten soweit auszubalancieren, dass diese die Stabilität des Gesellschaftssystems nicht ernsthaft gefährden. Während des Booms der 50er und 60er Jahre funktionierte das auch einigermaßen, nicht zuletzt, weil sich die Arbeitslosigkeit in Grenzen hielt (schließlich hatte der 2. Weltkrieg ja auch Millionen Opfer gefordert). Spätestens mit der Krise von 1974/75 wurde Massenarbeitslosigkeit aber auch in der BRD wieder zum Problem. Nach der Wiedervereinigung wurde das sozialstaatliche

Umverteilungsmodell wieder verstärkt in Frage gestellt - dieses sei „nicht mehr finanzierbar“. Ganz falsch war das nicht, aber auch nur eine Sicht unter vielen.

„Sachzwänge“

Schließlich wird das soziale System vor allem von den Erwerbstätigen finanziert, über Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Und obwohl die Lohnarbeit immer knapper wird, sind immer noch ca. 90% der Bevölkerung von dieser abhängig. Schließlich sind die Unternehmen gezwungen, Gewinne zu machen und diese möglichst rasch zu steigern. Das kann geschehen, indem man sich nach außen erweitert, z.B. durch Entwicklung neuer Produkte oder durch neue Absatzmärkte. Wenn das nicht geht, müssen die Produktionskosten gesenkt werden, um sich durch niedrigere Preise einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu sichern. Und das einfachste Mittel zur Kostensenkung ist es eben, Leute zu entlassen. Da es zum einen immer schwieriger wird, neue Märkte zu erschließen, zum anderen in den letzten Jahrzehnten die Arbeitsproduktivität stark gestiegen ist – d.h. dank Mechanisierung der Arbeitsvorgänge, Computertechnik usw. immer mehr in kürzerer Zeit produziert werden kann – ist klar, dass auch die Arbeitslosenzahlen stetig steigen. Es gibt also immer mehr Erwerbslose, während gleichzeitig weniger Leute da sind, um den Sozialstaat zu finanzieren. Folgerichtig bröckelt es an allen Ecken.

Trotzdem, ganz so zwingend sind die „Sachzwänge“ für den Sozialabbau nicht. Schließlich kann der Staat Steuern erlassen und so selbst bestimmen, wie hoch seine Einnahmen sind. Nur hätte das gehießen, die Unternehmen stärker zu belasten – und dazu fehlte hier entweder der Wille oder die politische Entscheidungsmacht.

Auch der Sozialstaat ist also nur Ergänzung und Fortsetzung des Kapitalismus mit anderen Mitteln. Nur logisch, wenn es nun heißt: „Sozial ist, was Arbeit schafft!“. Ebenso, wenn Gerhard Schröder erklärt, es gäbe „kein Recht auf Faulheit“, denn das darf es im Kapitalismus tatsächlich nicht geben. Schließlich beruht dieser wesentlich auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft – und wo käme man hin, wenn die Leute sich frei entscheiden könnten, ob sie nun ihre Arbeitskraft und Lebenszeit verkaufen wollen, oder eben nicht? Der Arbeitszwang ist integraler Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft, und der Sozialstaat ein Instrument zur Verwaltung der Armut, nicht zu deren Abschaffung. Die Überwindung des Kapitalismus ist also Voraussetzung für die Überwindung des Arbeitszwangs - und nicht umgekehrt. Und selbst wenn etwas wie das Grundeinkommen für alle in den gegebenen Verhältnissen möglich wäre, wäre es doch immer noch ein staatliches Almosen. Die Nutznießer desselben wären also immer auf das Wohlwollen des Staates angewiesen – so bedingungslos, wie die Vertreter der Idee das wünschen, wäre das bedingungslose Grundeinkommen sicher nicht. Die Forderung an sich mag darum nicht falsch sein und emanzipatorischer als der Ruf nach „Arbeit für alle“ ist sie allemal. Nur zeigt sich hier auch ein grundlegender Mangel an fundierter Staatskritik und Analyse des Verhältnisses von Nationalstaats und Kapitalismus.

Justus

Kein Frieden zwischen den Klassen ...

Überlegungen zum Anarchosyndikalismus.

Sei kein Streikbrecher!

Um dem Kapital – und in der weiteren Entwicklung des Kapitalismus auch dem Staat – Zugeständnisse abzutrotzen, hat für die ArbeiterInnen – also diejenigen Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen – immer die Notwendigkeit bestanden, sich zu organisieren und dadurch dem Kartell der Fabrikbesitzer ein eigenes Kartell entgegenzusetzen. Diese Notwendigkeit ergibt sich schlicht und einfach aus der Existenz des Kapital- und damit des Lohnverhältnisses – das ist zunächst einmal weder spektakulär noch vordergründig revolutionär. Im Gegenteil, die Bereitschaft sich auf einen Kampf um konkrete Verbesserungen einzulassen, setzt in der Regel schon voraus, dass aktuell keine Möglichkeiten bestehen, den ganzen Laden einfach umzuschmeißen und anders zu organisieren.

In diesem Artikel möchten wir zur Auseinandersetzung um gewerkschaftliche Organisationsformen im Allgemeinen und die Zukunft des Syndikalismus im Besonderen anregen. Nicht zuletzt wollen wir Anregungen für die eigene Vorgehensweise finden, die libertäre Positionen im aktuellen Kontext wieder praktikabel und attraktiver machen.

Tageskämpfe

Wie einleitend ausgeführt, ist die syndikalistische Organisierung in gewerkschaftlichen Tageskämpfen nicht Ergebnis der Suche nach irgendeinem „revolutionären Stein der Weisen", sondern erst einmal eine schlichte Notwendigkeit.

Als ArbeiterInnen im Kapitalverhältnis haben wir zwangsläufig ein Interesse daran, unsere Haut möglichst kurz, für möglichst viel Kohle, zu möglichst erträglichen Arbeitsbedingungen zu verkaufen. Inwieweit uns das gelingt, hängt allein davon ab, wie wir uns organisieren und kollektiv Macht entfalten können. Vor diesem Hintergrund forderte der Hamburger Anarchosyndikalist Karl Roche in den 20er Jahren für die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) eine „proletarische Lohnpolitik", die sich nicht „um die Entlastung oder Belastung des Unternehmers" kümmert, sondern „deren Ziel (...) immer die möglichst schnelle Beseitigung des Unternehmers unter Aufhebung der Lohnarbeit sein (müsse)". In gewisser Weise nimmt Roche damit eine Entwicklung vorweg, die Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts in verschiedenen europäischen Ländern den kapitalistischen Verwertungszusammenhang ziemlich in Bedrängnis gebracht hat: Ursache war eine sich immer weiter öffnende Schere zwischen den Ansprüchen der Klasse und den von ihr durchgesetzten Einkommen einerseits und andererseits der aus der Verwertung der Lohnarbeit zu erzielenden Profite. Diese „Inflation der Ansprüche" wurde binnen weniger Jahre zu einer handfesten Bedrohung des Systems. Die Nachbeben der Umstrukturierungen und Krisenangriffe, mit denen das Kapital dieser Entwicklung zu begegnen suchte, halten z.T. bis heute an. Es gibt also gute Gründe, sich in gewerkschaftlichen Kämpfen für unmittelbare Verbesserungen zu engagieren.

Das bedeutet allerdings nicht, dass Libertäre die Augen vor den Gefahren verschließen dürfen, die solche Kämpfe mit sich bringen können. Wer sich die Geschichte und Aktualität anarcho-syndikalistischer Bewegungen ansieht, wird solche Gefahren aber auch Versuche, ihnen zu entgehen, immer wieder ausmachen können. Zu nennen wäre z.B. eine Tendenz zum Possibilismus, zur Selbstbeschränkung auf das Mögliche, besonders in Zeiten „ohne große Bewegung". Im Klassenkampf an aktuelle Grenzen zu stoßen, ist nichts Verwerfliches. Gefährlich wird es allerdings, wenn diese ideologisiert und zur Basis des eigenen Handelns werden.

Eine offene Frage ist weiterhin, wie Anarcho-SyndikalistInnen sich der Problematik von Tarifvertrag und Kontrolle stellen. Wenn als Ergebnis betrieblicher Kämpfe ein vertraglicher Status Quo mit der Kapitalseite erzielt wird, stellt sich in aller Regel das Problem, dass die Gewerkschaft in irgendeiner Weise dazu verpflichtet wird, die vereinbarte Regelung während der Laufzeit einzuhalten – und gegen die ArbeiterInnen durchzusetzen. Dieser Mechanismus hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluss darauf, dass die traditionellen Gewerkschaften zu dem Kontrollorgan über die ArbeiterInnen geworden sind, als das wir sie kennen und kritisieren. Es stellt sich zwangsläufig die Frage, was eine libertäre Gewerkschaft, das Syndikat anders machen (kann), um dieser Falle zu entgehen.

Zudem waren und sind die Syndikate in aller Regel mit dem Problem konfrontiert, dass sie nur eine Minderheit der ArbeiterInnen im Betrieb ausmachen. Während Organisierung auf der einen Seite Solidarität und Kampfkraft erhöht, droht sie auf der anderen Seite die Belegschaft zu spalten und zu schwächen. Aus diesem Grunde legen bspw. spanische Anarcho-SyndikalistInnen großen Wert darauf, dass in betrieblichen Kämpfen Vollversammlungen *aller* ArbeiterInnen eines Betriebs einberufen werden und die Kontrolle über die Kämpfe übernehmen. Sie tun das sogar um den Preis, dass die im Syndikat entwickelten Taktiken und Forderungen hinter diejenigen der Vollversammlung zurückgestellt werden.

Man kann sich hier jetzt selbstverständlich die Frage stellen, wozu es denn für den Kampf um unmittelbare Verbesserungen eigentlich einer eigenständigen Organisierung bedarf. Warum nicht solche Kämpfe in einer der existierenden „Gewerkschaften" führen? Die Antwort liegt darin begründet, dass es für Anarcho-SyndikalistInnen zwar eine Selbstverständlichkeit ist, sich für unmittelbare Verbesserungen einzusetzen, dass dies allerdings nur *ein* Aspekt der Syndikate ist. Der Tageskampf allein macht eine gewerkschaftliche Organisierung noch nicht zu einer emanzipatorischen. Die Syndikate sollen nach unserem Verständnis weitere Aufgaben übernehmen und somit einen Doppelcharakter tragen.

Kern kommunistischer Wirtschaft

Wir ArbeiterInnen sind es, die jeden Tag aufs Neue den gesellschaftlichen Reichtum produzieren. Wir bedienen die komplizierte Maschinerie der arbeitsteiligen Erzeugung aller materiellen und immateriellen Güter. Im Kapitalverhältnis tritt uns unsere eigene produktive Fähigkeit als etwas Fremdes, uns Äußerliches entgegen.

Basis einer freien Gesellschaft ist eine völlig andere Form gesellschaftlicher Güterproduktion, in der das Lohnverhältnis und die Entfremdung aufgehoben sind. Die Frage danach, wie die Güterproduktion in einer postkapitalistischen Gesellschaft aussehen und wer sie organisieren soll, war zu jedem Zeitpunkt die Gretchenfrage, an der sich die verschiedenen sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Richtungen entwickelt und auseinanderdividiert haben. Während Sozialdemokraten und Leninisten in der Partei das maßgebliche organisatorische Element sahen, hat der Syndikalismus eine Antwort auf

diese Frage entwickelt, die ebenso einfach wie naheliegend ist: *In den Syndikaten haben wir uns als ArbeiterInnen vereint, um unsere Tageskämpfe zu führen. Was liegt da näher, als die Syndikate auch dazu zu nutzen, um gemeinsam unsere Fähigkeiten zu entwickeln und letztlich die Produktion selbst in die Hand zu nehmen?*

Es handelt sich hierbei nicht um irgendeine belanglose Frage mehr theoretischer Natur für den Tag nach dem „Hammerschlag der Revolution" (Luxemburg), mit dem das Kapitalverhältnis scheinbar auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet ist. Eine politische ist noch keine soziale Revolution: Der wesentliche Grund für den Niedergang nahezu aller bisherigen Revolutionen war, dass sie stets so sehr mit dem politischen Umsturz beschäftigt waren, dass sie an die viel zentraleren Fragen in der Regel nie viele Gedanken verschwendeten. Kapital- und Lohnverhältnis bestanden fort, die Revolution endete als staatskapitalistische Entwicklungsdiktatur.

Für Anarcho-SyndikalistInnen ist die Frage nach der (libertär-)kommunistischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung. Als antipolitische oder zumindest a-politische Arbeiterbewegung (im Sinne von „Politik" als Bezugnahme auf den modernen Staat) haben sich Anarcho-SyndikalistInnen schon sehr früh Vorstellungen davon gemacht, wie die gesellschaftliche Transformation aussehen könnte: Sie betrachteten dabei die Syndikate als Keimzelle der künftigen Gesellschaft. Unsere Produzentenrolle ist es, die die gesamte gesellschaftliche Struktur aufrecht erhält und damit die Existenz aller garantiert. Die Syndikate sollten „Schulen des Sozialismus" sein, in denen sich die ArbeiterInnen kollektiv aus der Atomisierung und Zurichtung befreien, die ihnen durch Lohnarbeit und Entfremdung täglich auferlegt werden. Der Umsturz der Verhältnisse, etwa in Form eines Generalstreiks würde so nicht „vom Himmel fallen", sondern könnte sich auf kampfgeübte und emanzipierte Syndikate stützen – und deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Kreativität würde sich im Verlauf des revolutionären Prozesses aus den Eierschalen der alten Gesellschaft befreien und eine neue prägen.

Anarcho-syndikalistische Anstrengungen würden ad absurdum geführt, wenn daraus ein Gewerkschaftsregime entstehen würde. Die Syndikate sollen zwar die Kerne sein, in denen die Fähigkeiten entwickelt, transportiert und entfaltet werden. Aber bereits Rudolf Rocker (1) hatte die Vorstellung, dass die „Organisation der gesamten Produktion (...) durch Arbeiterräte, die von den Arbeitern selbst gewählt werden" erfolgen sollte.

Direkte Aktion

Die heutzutage gängige Art der „Konfliktaustragung", nämlich sich mit der Bitte um Stellvertretung an Dritte (Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsrat, Arbeitsgericht) zu wenden – so ein Verfahren lehnen Anarcho-SyndikalistInnen prinzipiell ab: weil es zum einen die Entscheidung von den Betroffenen wegnimmt, zum anderen weil es den Blick auf unsere tatsächliche Macht als ArbeiterInnen verschleiert und Konflikte kanalisiert.

Die bürgerliche Herrschaft versucht ständig, die „Marktsubjekte" voneinander zu isolieren und sie dazu zu zwingen, Konflikte individuell und in einem hochgradig verrechtlichten Rahmen auszutragen. Der langwierige Gang zum Gericht ersetzt die soziale Auseinandersetzung. Er soll verhindern, dass sich Menschen zusammentun und gemeinsam kämpfen. Denn damit besteht immer die Gefahr, dass sie kollektive Erfahrungen machen und über den Tellerrand der bestehenden Ordnung hinauslangen.

Genau darauf zielt die *direkte Aktion*. Oftmals wird mit diesem Begriff ein besonders gewaltsames, oder auch spektakuläres Vorgehen verbunden. Das ist aber falsch. Eine direkte Aktion zeichnet sich nicht dadurch aus, dass sie gewaltsam ist. Sondern sie ist Ausdruck von Solidarität (z.B. in der Belegschaft), und bestärkt zudem die Voraussetzung für Solidarität: *nichthierarchische menschliche Kommunikation.* Die direkte Aktion berührt damit den Kern des anarchistischen, sozialrevolutionären Projekts, der sich in der etwas angestaubten Formel *„die Befreiung der ArbeiterInnen kann nur das Werk der ArbeiterInnen selbst sein"* ausdrückt. Darin spiegelt sich nicht nur eine Interessenslage, sondern auch der logische Anspruch, dass die Mittel von den Zielen bestimmt sein müssen und sie gewissermaßen verkörpern.

Direkte Aktion ist allerdings nicht wie tot sein: man ist es oder nicht. Elemente von direkter Aktion können auch in anderen Aktionsformen enthalten sein. Ein Teil unserer Aufgabe als Anarcho-SyndikalistInnen besteht darin, die Elemente der *Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe* so dominant wie möglich zu machen, wann immer das geht. Direkte Aktion zu Ende gedacht, ist die libertäre soziale Revolution: die Übernahme, Neuorganisation und ggf. Zerstörung der Produktionsmittel (die die materiellen Werkzeuge der Freiheit sind) durch die Arbeiterklasse. Wenn wir Anarcho-SyndikalistInnen von einer sozialen Revolution sprechen, dann meinen wir einen Prozess, der den Staat und die Klassengesellschaft aufhebt und uns alle zu BewohnerInnen einer von uns selbst geschaffenen Welt macht.

Einige versuchen jede außerparlamentarische Aktion als *direkte Aktion* zu definieren, z.B. eine Demonstration. Aber eine Stellungnahme dazu abzugeben, dass wir irgend etwas wollen oder nicht wollen, wird keinen Berg bewegen. Es ist übrigens auch nicht eben wahrscheinlich, dass zersplitternde Fensterscheiben einen solchen Effekt hätten. Der Umstand, dass symbolische Aktionen mehr und mehr als direkte Aktionen (oder: *direct actions*) bezeichnet werden, spiegelt einen allgemeinen Mangel an Vertrauen in unsere kollektive Kraft als entlohnte und nichtentlohnte ArbeiterInnen wieder.

Während viele dem Trugschluss erliegen, dass wir durch *direkte Aktionen* der Notwendigkeit zur Organisierung entfliehen könnten, ist genau das Gegenteil der Fall: je größer die Aufgabe ist, desto kollektiver muss die Aktion sein. Der Grad unserer eigenen Desorganisation ist der Grad, in dem unser Leben durch andere bestimmt wird. Unsere Möglichkeiten zur Durchführung direkter Aktionen sind also allein dadurch beschränkt, dass sie noch kein verallgemeinertes Mittel ist. Wir werden sie manchmal anwenden können, aber nicht immer, wenn wir nicht durch die Mächte gegen die wir aufgestanden sind, zerschmettert werden wollen. Wenn du rausgeschmissen wirst, kann ein Sitzstreik deinen Job retten. Wenn du aber der einzige bist, der sich hinsetzt, kann es u.U. eine gute Idee sein, zu einem Anwalt oder Gewerkschaftsbürokraten zu gehen.

Auch Kämpfe, die mit dem Mittel der *direkten Aktion* geführt werden, müssen nicht unbedingt erfolgreich sein. Sie sind jedoch unmittelbarer Ausdruck der Hoffnungen und der Wut der Betroffenen – deshalb werden sie in aller Regel mit einer viel größeren Entschlossenheit geführt, die bisweilen den Ausschlag gibt.

R&L&Æ

1) Wichtiger Theoretiker und Redner der Bewegung in Deutschland, v.a. in der Weimarer Republik (seit 1892 im Exil). Von Rocker (1873-1958) auch „Die Prinzipienerklärung des Syndikalismus" (1919).

Allgem.: weitere geschichtliche und theoretische Hintergründe in der Rubrik ‚Archiv' auf www.fau.org oder in zahlreichen Büchern & Broschüren bei FAU-MAT bzw. Syndikat A (beide Webshops über www.fau.org). *Bei* Syndikat A *wird in den kommenden Monaten die ausführlichere Version des Textes (hier gekürzt) als Broschüre erscheinen.*

Wohnen nach Plan B

10 Jahre AWC - Treffen zu alternativen Wohn- und Lebensformen

Ende der 80er Jahre wollten die Stadtplaner der DDR den Leipziger Stadtteil Connewitz in eine PlattenNeubauSiedlung verwandeln. Bis zum Baubeginn, der auf Anfang der 90iger gelegt wurde, sollten die Häuser dort nicht mehr vermietet werden. Das hatte einmal den von oben gewollten Leerstand zur Folge und natürlich wurde auch nichts mehr instand gesetzt, was eh bald der Abrissbirne zum Opfer fallen würde. Da aber noch immer Wohnraummangel herrschte, nutzten vor allem auch junge Leute die leeren Räume für sich. In dieser Situation brach 1989 die politische Wende herein, die für eine kurze „Staatenlosigkeit", ein ungekanntes Gefühl der Freiheit und Unklarheiten der Eigentumsverhältnisse und der rechtlichen Lage sorgte. So wurden weiter Häuser besetzt und der so gewonnene Wohn- und Freiraum gegen Stadtverwaltung, Polizei und manchmal auch Rechtsradikale verteidigt. Teile der BesetzerInnen versuchten mit der Stadt zu verhandeln, um die Häuser in Selbstverwaltung zu übernehmen.

1992 kam es dann erstmals zu Gesprächen zwischen der Stadt und einigen BesetzerInnen, denen eine Legalisierung der Wohnverhältnisse in Form befristeter Mietverträge bis 1997 folgte. Es war klar, dass das keine endgültige Lösung war und so kam es zu Diskussionen, wie die Projekte und die Wohnweise auch in Zukunft in Connewitz erhalten bleiben könnten. Die Überlegungen führten zur Idee, eine Genossenschaft zu gründen, die 1996 als „Alternative Wohngenossenschaft Connewitz" (AWC) eingetragen wurde. Nach einiger Überzeugungsarbeit bei der Stadt wurde die zweite Grundlage für die AWC gelegt. Der Stadtrat fällte am 21.08.1996 einen Beschluss zur Unterstützung alternativer Projekte in Connewitz. Demnach sollte die Stadt 14 Häuser kaufen, und diese der AWC nach der entsprechenden Frist des Erbbaurechts zu übergeben.

Das Ziel der AWC ist es, Wohn- und Projektflächen zu schaffen, sichern und zu verwalten und soziales Wohnen in Selbstverwaltung zu ermöglichen. Nach 10 Jahren hat sie 200 Mitglieder und bewirtschaftet zur Zeit 15 Häuser. Die Genossenschaft dient dabei als Plattform, für die Hausgemeinschaften, die die größtmögliche Autonomie haben: „Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung unter Einbeziehung von Selbsthilfe...Bei der Bewirtschaftung werden Formen der Selbstverwaltung realisiert...Die Genossenschaft soll Teile ihres Eigentums an Hausgemeinschaften in Selbstverwaltung veräußern, wenn diese es Wollen und Rechtsformen gemeinschaftlichen Eigentums ohne private Gewinnmöglichkeiten wählen..." (aus der Satzung der AWC).

Praktisch sieht die Arbeit der AWC so aus. Sie übernimmt per Erbbaurecht zunächst die Verwaltung eines Hauses, dessen Besitzer sie nun ist (während die Stadt der Eigentümer bleibt). Das Haus wird dann einer NutzerInnengruppe übergeben, die es v. a. durch Eigenleistungen und preiswerte Baumaterialien, um die sich die Genossenschaft bemüht, saniert. Durch die bereits eingehende (günstige) Miete wird der Grundstückspreis über einen längeren Zeitraum (oft 30 Jahre) abbezahlt (Erbbaurechtsvertrag). Eine weitere Finanzierungsstütze sind die Förderprogramme des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung (ASW).

Leider haben sich die Fördermittelbedingungen in den letzten Jahren drastisch verschlechtert, so dass der der Genossenschaft zugesprochene Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen. Auch sind an die Fördermittelvergabe oft Bedingungen geknüpft, die ihren Vorstellungen von einer Instandsetzung / Sanierung zuwider laufen (Komplettsanierung / Fernwärme / Eigenkapitalanteil), so dass ein Bauvorhaben sehr teuer wird.

wanst

Info: http://www.awc-eg.org

Polizeibericht von „unten“

Im März diesen Jahres veröffentlichte die Projektwerkstatt Saasen einen fünfzigseitigen Bericht namens: "Fälschungen, Erfindungen und Hetze". Darin werfen die Autoren der Gießener Polizei, Staatsanwaltschaft und Presse vor, sich im Kampf gegen die "oppositionellen Gruppen" nicht an die rechtsstaatlichen Mittel zu halten, Beweise zu konstruieren und trotz Gegendarstellungen Falschmeldungen zu kolportieren. Der Schwerpunkt der Dokumentation sind Erfindungen von angeblichen Tatbeständen und Tatbeteiligungen, die durch widersprüchliche Polizeiveröffentlichungen untermauert werden.

Der brisanteste Fall ist wohl eine öffentliche Gedichtlesung, die am 09.12.03 auf dem Gelände des Gießener Gerichts im Rahmen von Protesten verschiedener Gruppen gegen eine neu beschlossene „Gefahrenabwehrordnung“ und die Innenstadtpolitik stattfand. Diese brach die Polizei nach wenigen Minuten ab, erteilte Platzverweise und hielt 12 Personen 18 Stunden ohne Angabe von Gründen fest. Für die Polizeiakten hieß es, die Gruppe habe vorgehabt, "Farbschmierereien zu begehen", die Beweise dafür seien Farbspuren an der Kleidung gewesen. Auf die Beschwerde eines Betroffenen habe die Polizei ein halbes Jahr später geantwortet, es seien gar Brandanschläge geplant gewesen. Beweis: Eine Flasche Terpentin. Die Frage, was eine Terpentinflasche bei einer Gedichtlesung macht, ist nicht abschließend geklärt, allerdings scheint das zusammengetragene Material brisant genug zu sein. Jedenfalls hat das Amtsgericht Gießen den Bericht wegen des "Verdachts auf Beamtenbeleidigung" beschlagnahmen lassen.

Die Dokumentation und ausführliche Infos: www.polizeidoku-giessen.de

Wildcat
Nr. 74
Sommer 2005

Artikel auf S. 6 empfohlen!

Die Commune ist die Antwort der Klasse (Auszug)

[...]

1) Von der gesellschaftlichen zur individuellen Krise … und zurück?

Die Kämpfe Ende der 60er ließen die Ansprüche explodieren und stürzten die Kapitalverwertung in die Krise. Seit einem Vierteljahrhundert frisst sich diese Krise wieder zurück in die Gesellschaft. Zukunfts- und Existenzangst diktieren das alltägliche Verhalten. Geiz und individuelle Karriere werden als Überlebenstechniken propagiert. Für gemeinschaftliche Versuche bleibt keine Zeit. [...]

2) Die Linke – Hamster im Rad der gesellschaftlichen Reproduktion

[...]Die gegenwärtige radikale Linke kritisiert lauthals den »Neoliberalismus«, treibt ihn in ihrem eigenen Verhalten aber voran. Mittlerweile kann man davon ausgehen, dass eine kritische Ausstellung über Prekarisierung im Backstage-Bereich die neoliberalen Arbeitsverhältnisse multipliziert. [...] Es gibt Häuser, Zentren, Kneipen, Läden, Zeitungen, LKWs, Theater- und Küchengruppen. Viele sind in der Lage, Veranstaltungen, Konzerte, Festivals, Demos und Karawanen zu organisieren, Videos, Webzines und CDs zu produzieren, Radios zu betreiben… Warum also soll es uns schlecht gehen? Anstatt uns mit diesen Strukturen voneinander abzuschotten, sollten sie als Werkzeuge für den Kampf genutzt werden.

3) Reformismus am Ende

[...] Es gibt keinen Automatismus zwischen Krise und Kämpfen. Aber die Verschärfung der objektiven Bedingungen reißt nicht nur Netzwerke und Verhaltensweisen, sondern auch Ideologien ein. Die Leute stellen sich neue Fragen und sind offener für andere Antworten.

4) Gründet Bedürfnisgemeinschaften!

[...]Wir müssen vom Verständnis der realen Bewegungen aus den Prozess der Individualisierung umdrehen, die individuelle Armut durch kollektiven Reichtum, den Stillstand durch die eigene und gemeinsame Veränderung ersetzen, existenzielle, finanzielle, strukturelle und psychische Probleme gemeinsam angehen, um der sozialen Angst und dem Leistungsdruck begegnen zu können. Vertrauen und Verantwortung aufbauen – aber auch verbindlich einfordern. Ein »Wir«, das das Gegenteil von Beliebigkeit, Oberflächlichkeit und der Verdrehung ist, in der das »Ich« nur alleine bestehen kann. Das verstehen wir unter »Kollektiv«.

5) Kollektiv und revolutionäre Politik

»An die Herrschaften von Colyton: Wenn wir nicht bald alle Dinge günstiger erhalten können, als es jetzt möglich ist, müsst ihr damit rechnen (…), dass die Stadt bis auf die Grundmauern niedergebrannt wird; und der See wird mit Blut so vollaufen wie jetzt mit Wasser. Wir sind 452 und haben verdammt noch mal darauf einen getrunken.« [...]

www.wildcat-www.de
Fachmagazin für Arbeiterunruhe im Weltsystem

lfe Leipzig + + +Rote Hilfe Leipzig + + + Rote Hilfe Leipzig + + + Rote Hilfe Leipzig + + + Rote Hilfe

„Solidarität ist eine Waffe“

Emanzipatorische Politik erfährt immer wieder staatliche Repression. Mit einer stattlichen Reihe neuer Gesetze und ausgeweiteten Möglichkeiten der staatlichen Repressionsorgane wird immer vehementer gegen linke Projekte, Zusammenschlüsse und Einzelpersonen vorgegangen. Wir setzen etwas dagegen: Organisierte linke Solidarität – Die Rote Hilfe Ortsgruppe Leipzig

Der größte Erfolg, den staatliche Repression hat, ist es zu vereinzeln. Es wird immer wieder versucht Individuen aus den Gruppen zu lösen, mit denen sie auf der Straße gegen Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (z.B. mittels Rassismus und Faschismus) und für ein menschenwürdigeres, emanzipiertes Leben gekämpft haben. Menschen werden für ihre Arbeit in linken Gruppen und Projekten angeklagt und sind vielfach als Individuen mit der Zerstörung ihrer sozialen Existenz bedroht.

Der Staat versucht so, Individuen aus den politischen Zusammenhängen zu isolieren um gegen sie die ganze Härte der Repression anzuwenden, in der Annahme sie oder ihn dadurch soweit einzuschüchtern, seine bzw. ihre Handlungsmöglichkeiten soweit einzuschränken, dass diese/r in Zukunft weitere Auseinandersetzung meidet. So wird versucht zu verunsichern und zu spalten. [...]

Es ist unsere Aufgabe staatlicher Repression diesen Erfolg nicht zu überlassen. Für die Erhaltung der Handlungsfähigkeit ist es notwendig, jedem, der staatlicher Verfolgung ausgesetzt ist, solidarisch beizustehen. Die Rote Hilfe tut dies zum einen durch finanzielle Hilfen (z.B. Rechtsanwalts- und Verhandlungskosten etc.) und andererseits durch Betreuung der Betroffenen - durch Prozessbeobachtung, Veröffentlichungen über die Fälle, Informationsveranstaltungen, Solipartys und aktiver Zusammenarbeit mit den einzelnen Personen. Zudem betreut die Rote Hilfe politische Gefangene in deutschen Gefängnissen, vermittelt Kontakt zu diesen, fordert deren Freilassung und die Einstellung der Verfolgung linker politischer Zusammenhänge.

Durch die immer weiter greifenden Formen des wirtschaftlichen Liberalismus ist der Staat gleichzeitig gezwungen, immer autoritärer gegen jeden vorzugehen, der die Ordnung angreift, aus der eine immer größere Ungleichheit resultiert. Durch das Schaffen einer soliden Armutssituation für einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung (Erwerbslose, wie auch arbeitende Lohnabhängige), hat sich das neoliberale System ein großes Konfliktpotential geschaffen. Dieses wird es zunehmend versuchen nicht nur durch existenzielle Einschüchterung zu marginalisieren, sondern auch durch gezielte Kriminalisierung unter Kontrolle zu halten. Es ist aber nicht das Individuum, das alleine für sein Schicksal verantwortlich ist, wie ihm immer wieder suggeriert wird, sondern es sind vor allem die Verhältnisse, die sie oder ihn in diese Position zwingen. Dieser Gesellschaftsordnung gilt unsere Verachtung und dem Kampf gegen sie unsere Solidarität!

Um strömungsübergreifende Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit vor Ort zu leisten hat sich Ende Juli die Rote Hilfe Ortsgruppe Leipzig gegründet. Wir glauben nicht, dass wir die Solidarität, die den Einzelnen aus ihrer jeweiligen politischen Strömung widerfährt ersetzen können, noch wollen wir das. Für uns ist vor allem der Anspruch wichtig einem breiten linken Spektrum solidarisch beizustehen, auch wenn wir die jeweilige politische Einstellung vielleicht nicht bis zum Äußersten teilen. Solange seine/ ihre Handlung einen erkennbaren linken politischen Hintergrund hat, muss solidarisch gegen die staatliche Repression gehandelt werden. Das bedeutet nicht, dass wir keine Diskussion führen möchten. Diese soll aber nicht gegenüber dem Staat, seinen Repressionsorganen und den bürgerlichen Medien erfolgen, sondern innerhalb der Zusammenhänge!

Wir wollen deshalb versuchen, Öffentlichkeit zu schaffen, wo es angebracht ist. Vor allem wollen wir innerhalb der Linken zur Information über aktuelle Repression beitragen.

In den letzten Jahren sind einige Gesetzte und ausgeweitete Überwachungsmöglichkeiten entstanden, über die wir informieren wollen, damit mensch sich dagegen schützen kann. Wir wollen über Repressionsstrategien, Rechte (vor allem auch im richtigen Moment das Maul zu halten), Bewegungen außerhalb Leipzigs und deren Pläne und Probleme etc. Informationen bieten. Vor allem jungen oder unerfahrenen Menschen wollen wir so zur Seite stehen, damit diese nicht nach der ersten Aktion und vielleicht ohne festen Zusammenhalt alleine dastehen.

Eine weitere Hauptaufgabe soll es für uns sein, eine effektive Demo-Nachbetreuung und eventuelle Prozessbegleitung auf die Beine zu stellen. Unser Aufgabenfeld soll dabei, neben der Betreuung des Einzelnen, eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit sein. Zudem werden wir versuchen, ergänzend zu den bestehenden Strukturen, Anwälte und rechtliche Hilfe zu vermitteln. Wir wünschen uns dabei eine Zusammenarbeit mit bestehenden Gruppen, vor allem auch im Bereich der MigrantInnenunterstützung. Außerdem sind wir der Ansprechpartner vor Ort in Bezug auf Unterstützungsanträge an die Rote Hilfe.

Rote Hilfe e.V. Leipzig
c/o Liebknecht-Haus Leipzig
Braustr. 15 / 04107 Leipzig
leipzig@rote-hilfe.de

...Fortsetzung von Seite 1...

Scheiternde Staaten

von der Gegenwart bestätigt zu werden. Auch in der Aufteilung der Welt in Staaten und der damit verbundenen Existenz militärisch-industrieller Komplexe lässt sich eine ihnen innewohnende Kriegsgefahr ausmachen. Ein Staat wird souverän, indem er die Gewalt monopolisiert und eine Armee zu seiner Verteidigung aufstellt. Er schafft Institutionen des Krieges, die er auch nicht auflöst, wenn seine territoriale Integrität nicht mehr gefährdet ist, also ein Angriff feindlicher Truppen ausgeschlossen ist. Genau dies ist gegenwärtig in Deutschland der Fall, wo eine faktische Aufrüstung unter dem Begriff „Umstrukturierung" stattfindet, indem eine schwerfällige Verteidigungsarmee ohne Fähigkeiten zur Führung von Angriffskriegen zu einer hoch spezialisierten, flexiblen Interventionsarmee umgebaut wird.

Neue Gefahren?

Wie werden Aufrechterhaltung und Ausbau gewaltträchtiger, anti-demokratischer Strukturen mit ihren immensen Kosten begründet? Die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) Deutschlands und die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) der EU machen wie auch die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) der USA neue Gefahren in den sog. „scheiternden Staaten" aus, die als Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Verbreitung von Klein- und Massenvernichtungswaffen und Migration (sic!) auch die post-industriellen, vermeintlich gefestigten Staaten bedrohen würden. Deshalb gelte es, in diesen Staaten und ganzen Regionen zu intervenieren und eine neue Ordnung aufzubauen. Bisher wurden solche Ambitionen durch das Völkerrecht beschränkt. Die Vereinten Nationen (UN) wurden nach dem 2. Weltkrieg gegründet, einerseits sicherlich um die Staaten als mächtigste Akteure der Weltpolitik zu etablieren, andererseits aber auch um eine Vermittlungs- und Kontrollinstanz zu schaffen, um weitere Kriege im Weltmaßstab zu verhindern. Das den UN und dem Völkerrecht zugrunde liegende Souveränitätsprinzip erlaubte es nur in zwei Fällen, andere Staaten anzugreifen: Zur Selbstverteidigung, oder wenn von diesen eine Gefährdung des Weltfriedens ausginge bzw. dies zumindest vom Sicherheitsrat als Organisation der mächtigsten (Atom-)Staaten so interpretiert wurde.

In den letzten Jahren fanden dennoch völkerrechtswidrige Angriffskriege auf Jugoslawien und Irak statt, an denen sich bspw. USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien … beteiligten. Diese Akteure zeigten offen ihren nachlassenden Respekt vor dem Völkerrecht und stellten die Bedeutung der UN immer mehr in Frage. Um der drohenden Marginalisierung zu entgehen, kündigte Kofi Annan nun eine Änderung des Völkerrechts an, welche dazu führen wird, dass zukünftig alle Interventionen vom Sicherheitsrat abgenickt werden und auch sonst als „legitim" gelten können. Zwischen all den Diskussionen um die UN-Reform wird dies eher unbemerkt, durch die Hintertür geschehen. Die Charta der UN wird nicht umformuliert, sondern per Beschluss mit einfacher Mehrheit erhält der Begriff Souveränität eine neue Definition, welche besagt, dass ein Staat sie verliert, wenn er in seinem Inneren keine Menschenrechte und die Sicherheit der Individuen nicht mehr garantieren kann. Dann obliege es der internationalen Gemeinschaft oder kleineren Gruppen von Staaten, zu intervenieren. Dies wird sicherlich nur geschehen, wenn sich dabei ökonomische oder strategische Interessen realisieren lassen, während vordergründig mit der „Verantwortung zum Schutz" der Individuen weltweit argumentiert wird.

Souveränität.

Hier geht es jedoch nicht nur um eine perfide neue Legitimationsstrategie für eine neue Runde kolonialer Außenpolitik, sondern auch darum, wie die Welt strukturiert sein soll und welche Rolle Staaten dabei spielen. Ihr globaler Verbund, die UN, nimmt für sich in Anspruch, zukünftig zu bestimmen, wer souverän ist und wer nicht. Doch in ihren Augen können nur Staaten souverän sein, Individuen niemals. Diese unterliegen lediglich dem Schutz „ihres" Staates oder der Staatenwelt und begründen gegebenenfalls militärische Feldzüge. Das „Scheitern" eines Staates besteht im Aufbrechen des Gewaltmonopols, das nach dieser Logik zu einem der sog.

Aufbrechen des staatlichen Gewaltmonopols. Andere Ursachen für Elend, wie die massenhafte Produktion von Kleinwaffen, ein globales Konglomerat militärisch-industrieller Komplexe und eine teilweise militärisch und polizeilich durchgesetzte Wirtschaftsordnung, die auf Konkurrenz basiert und damit zwangsläufig massenhaft marginalisierte Menschen produziert, werden damit von vornherein ausgeblendet und der gewaltsame Konflikt zum menschlichen Urzustand erhoben.

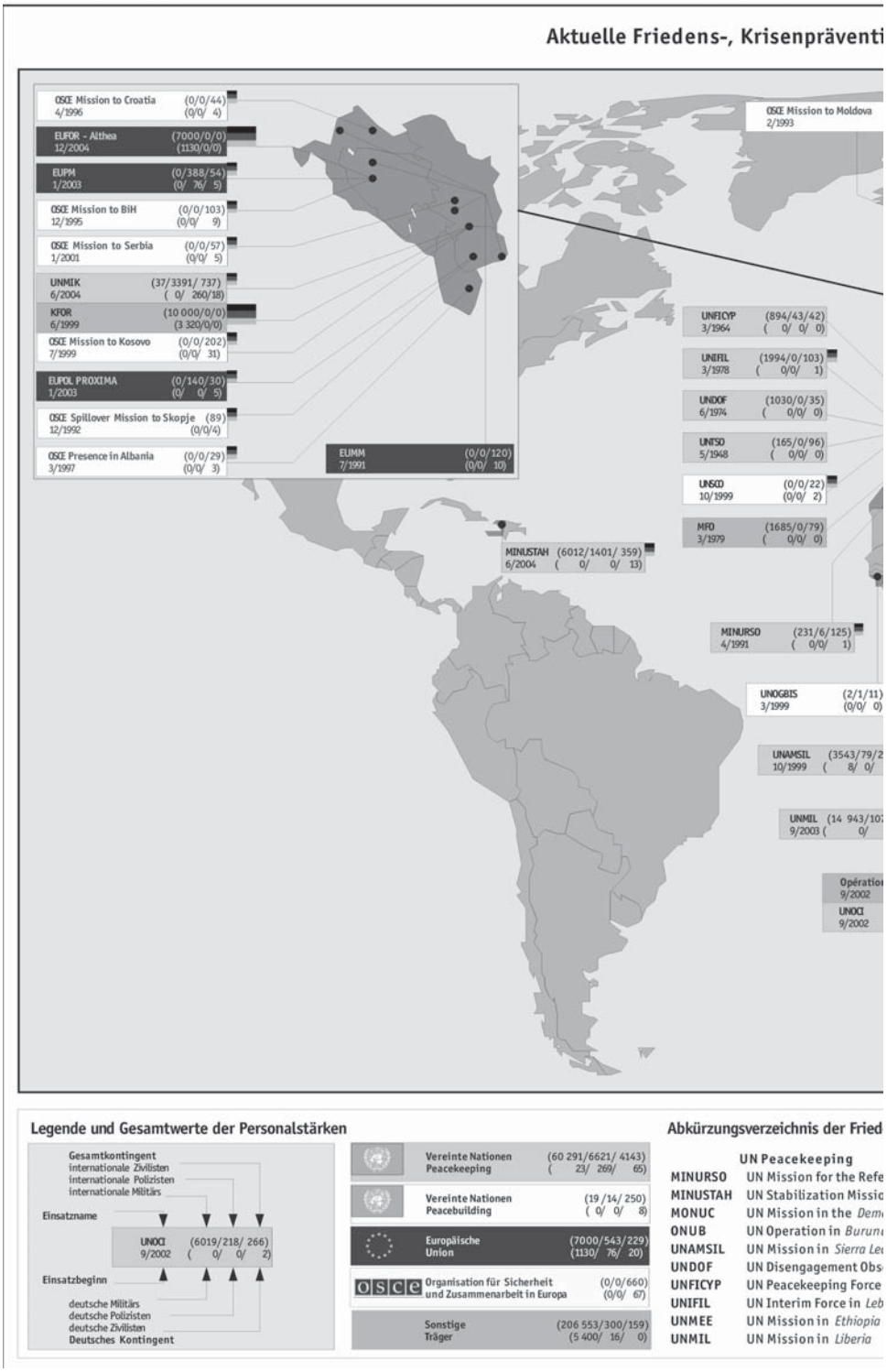
Es ist kein Wunder, dass diese alten wie falschen Begründungen für die Notwendigkeit des Staates zu diesem Zeitpunkt eine Renaissance erleben, wo seine Möglich-

„Neuen Kriege" führt. Für die Individuen muss weiterhin Verantwortung übernommen werden, indem über ihnen von einer fremden Macht ein neuer Staat aufgebaut wird. Die Sicherheit der Bevölkerung wird mit der Souveränität „ihres" Staates, also der Existenz eines zentralisierten Gewaltapparates gleichgesetzt. Basisorganisierte Systeme kollektiver Verteidigung werden dabei als Indiz für Souveränitätsverlust interpretiert. Das Individuum darf nicht souverän werden, es bleibt Objekt der Sicherheit, also Objekt von Intervention oder Völkermord.

Souveränität bedeutet jedoch auf den Staat bezogen, dass er die Individuen nach seinem Willen organisieren und, etwa für Zwangsdienste, unterwerfen kann, und in einer Vereinbarung zwischen den Staaten, dass er nicht von außen durch Zwang beeinflusst oder angegriffen werden darf. Eine solche Vereinbarung ist aber unter den Individuen notwendig, damit es ihnen möglich wird, ihren Zustand selbst zu bestimmen und zu organisieren, frei zu werden.

Alle gegen Alle?

Nachdem sich der Staat in den letzten Jahrzehnten stark über seine „Wohlfahrts"-Funktion legitimiert hatte, ist dies ein Rückfall in hobbessche (nach Thomas Hobbes) Erklärungsmuster, die davon ausgehen, dass ohne die Monopolisierung der Gewalt in den Händen des Staates automatisch ein Krieg Aller gegen Alle ausbrechen würde. Mit dieser Lüge hat der Staat den Menschen die Souveränität geraubt, und sie begegnet uns bei vielen Diskussionen über den Anarchismus. Menschliche Unsicherheit resultiert danach zwangsläufig und allein aus dem

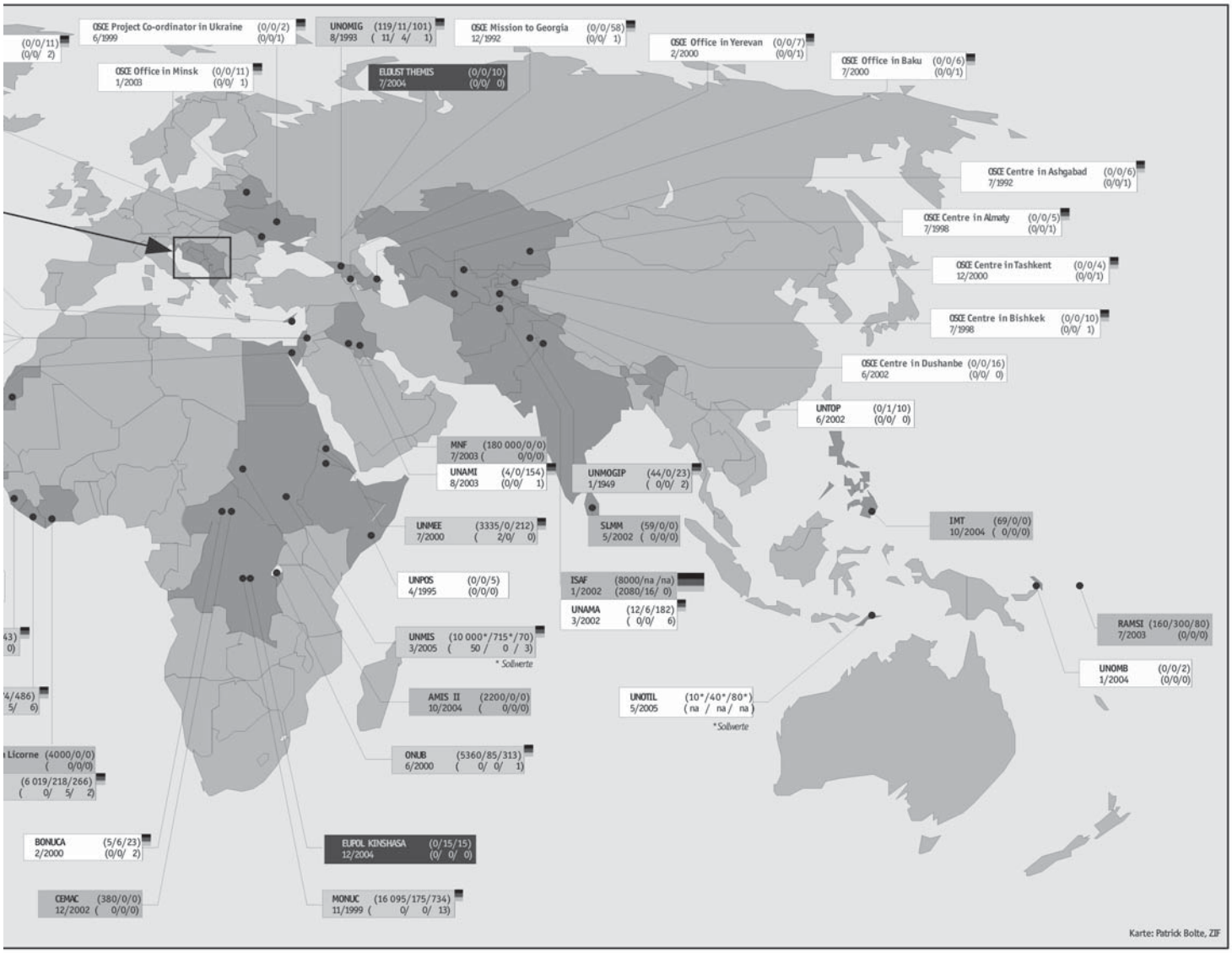


keiten, sich über eine soziale Grundsicherung aller Bürger, über eine Abfederung der Härten des Kapitalismus für die Mitglieder des Kollektivs zu legitimieren, in der (selbst?-)Auflösung begriffen sind. Es ist ebenso kein Wunder, dass dies mit der verzweifelten Suche nach und Provokation von „neuen Bedrohungen", mit Aufrüstung von Militär, Polizei, Geheimdiensten, mit neuen Knästen, Lagersystemen für rassistisch eingegrenzt Ausgegrenzte, etwa entlang der EU-Außengrenzen, sowie öffentlich zelebrierte Folterungen wie in Guantanamo und Abu Ghraib einhergehen. Die Regierungen der post-industriellen Staaten sehen die Vorboten ihres eigenen Scheiterns durch den Verlust ihrer wohlfahrtspolitischen Handlungsfähigkeit in den post-kolonialen Regionen und reagieren panisch, indem sie sich nicht nur verstärkt über Sicherheit legitimieren sondern auch, indem sie alle ihre Mittel in den Sicherheitssektor lenken. Kein Wunder: Diese Institutionen organisierter Gewalt werden alles sein, was ihnen bleibt.

maria

* Die Grafik wurde vom Zentrum für internationale Friedenseinsätze erstellt.

ons- und Peacebuildingeinsätze weltweit und deutsche Beteiligung (Stand: Mai 2005)



enseinsätze

rendum in *Western Sahara*
n in *Haiti*
ocratic Republic of Congo
ti
one
erver Force *(Golan-Höhen)*
in *Cyprus*
anon
and Eritrea

UNMIK UN Interim Administration Mission in *Kosovo*
UNMIS UN Mission in *Sudan*
UNMOGIP UN Military Observer Group in *India and Pakistan*
UNOCI UN Operation in *Côte d'Ivoire*
UNOMIG UN Observer Mission in *Georgia*
UNTSO UN Truce Supervision Organisation *(Israel/Pal.)*

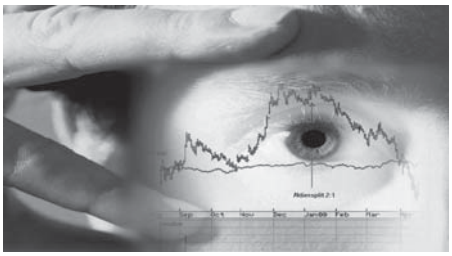
U N Peacebuilding
BONUCA UN Peacebuilding Support Off. in *Centr. Afr. Rep.*
UNAMA UN Assistance Mission to *Afghanistan*
UNAMI UN Assistance Mission for *Iraq*

UNOGBIS UN Peacebuilding Support Office in *Guinea-Bissau*
UNOMB UN Observer Mission in *Bougainville*
UNOTIL UN Office in *Timor-Leste*
UNPOS UN Political Office for *Somalia*
UNSCO Office of the Special Coordinator for the *Middle East*
UNTOP UN *Tadjikistan* Office of Peacebuilding

Einsätze anderer Träger
AMIS II African Union Mission in *Sudan* II
CEMAC CEMAC Mission in the *Central African Republic*
EUFOR EU Force in *Bosnia-Herzegovina*

EUMM EU Monitoring Mission *(ehemaliges Jugoslawien)*
EUPM EU Police Mission *(Bosnien-Herzegowina)*
IMT International Monitoring Team *(Philippinen)*
ISAF International Security Assistance Force *(Afghanistan)*
KFOR *Kosovo* Force
MFO Multilateral Force and Observers *(Sinai)*
MNF Multinational Force *(Irak)*
RAMSI Regional Assistance Mission to the *Solomon Islands*
SLMM *Sri Lanka* Monitoring Mission

zif Zentrum für Internationale Friedenseinsätze



KARL POLANYI (1886-1964)

Sozialismus als staatlicher Interventionismus am Markt?

Wenn gegenwärtig in Deutschland das Rheinische Modell der national sozialen Marktwirtschaft auf dem Wahlbanner einer an ihren asozialen Reformen gescheiterten SPD-Regierung steht und gleichzeitig der Ruf nach dem starken Staat den Osten des neuen Großdeutschlands politisch mobilisiert, dann wird dabei nur selten ein Blick in die Geschichte gewagt. Die Frage nach Regulierung und Deregulierung der Märkte jedoch, nach starker Hand und staatlicher Intervention sind ja keineswegs neu, sondern im Gegenteil so alt wie der Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie. Deshalb will ich im Folgenden einige Schlaglichter auf die Arbeiten eines in der Nachkriegszeit im sozialdemokratischen Lager hofierten Ökonomen und Historikers werfen, dessen Thesen, Anschlüße an Marx und letztlich auch dessen Leerstellen viele Sozialdemokraten inspirierten und damit nicht unerheblich zur Installation eines stark regulierten (Arbeits-)Marktes u.a. in Deutschland beitrugen. Die Abhandlung ist nicht umfassend und versteht sich als Lektüreeinstieg.

Karl Polanyi schließt 1944 mit seiner Monographie *„The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen"* (1) in bemerkenswerter Weise an den Geschichtsmaterialismus Marxens an. Die Methodik ähnelt dabei aber eher an Max Webers vereinfachendes Modell „idealtypischer Geschichtsschreibung" als an das komplizierte Verhältnis von Theorie und Praxis, idealer Begriffe und materialistischer Geschichte bei Marx. Tatsächlich stellt Polanyis Denkfigur den objektivistischen Kern der materialistischen Geschichtsauffassung noch einmal deutlich heraus. Insoweit die Geltungsfrage hierbei nicht gestellt wird, insoweit die Vorzüge und Details seines internationalistischen Vergleichs betont sind, selbst bei aller Gleichzeitigkeit im Ganzen, insoweit kann Polanyi die Stärke und Reichweite der materialistischen Weltanschauung in erstaunlich bündiger Weise am historischen Material konstatieren und auch aktualisieren. Dagegen zeigt sich in seiner Bewertung politischer Bewegungen, in seinen vagen und bloß idealtypischen Begrifflichkeiten von Sozialismus, Liberalismus und Faschismus, in seiner Vorstellung von Staat und Gesellschaft, die ganze Problematik dessen, worum bspw. Michel Foucault in seinen Wissen/Macht-Analysen kreist. Indem nämlich Wahrheit im Objektiven behauptet wird, wird auch das einzelne (Erkenntnis-)subjekt von Wahrheit suspendiert. Die politische Folge einer solchen Haltung ist letztlich eine Biopolitik „von oben", die sich unter dem Banner des Wahren, Guten und Gerechten gegen die einzelnen Körper richtet, durch die diversen Mittel der Unterwerfung, Kontrolle und Strafe.

Polanyis Vorschlag des staatlichen Interventionismus als Konzept zur (gesamt-)gesellschaftlichen Kontrolle für das Wohl aller wiederholt so noch einmal den optimistischen Geschichtsidealismus der sozialistischen Bewegung und vor allen Dingen deren parlamentarischer Akteure in seiner ganzen Virulenz, ohne allerdings viel Wert darauf zu legen, welche politischen Bewegungen denn diese „neue" Politik durchsetzen und verwirklichen sollten. Polanyi gibt nicht viele Hinweise, aber sein Konzept einer Interventions-Politik zielt auf einen ganz bestimmten sozialpolitischen Akteur ab, auf den nationalen Mehrparteien-Staat, der ähnlich den Bernsteinschen Ansichten (2), durch sozialökonomische Kontrolle von „Arbeit, Boden und Geld" den liberalen Kapitalismus zu einem sozialen machen, eben jene „Anpassungsmittel" entwickeln soll, die in den Augen Luxemburgs nur zum Betäubungsmittel der sozialrevolutionären Bewegung taugten.

Die große Transformation

„Die angeborene Schwäche der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts war nicht, dass sie eine Industriegesellschaft, sondern dass sie eine Marktgesellschaft war." (3)

Der historischen Analyse Polanyis kommt schon insoweit Bedeutung zu, wie er das Ganze der kapitalistischen Vergesellschaftung, nicht mehr der Tendenz nach betrachtet, nach dem Grad der Expansion kapitalistischer Produktionsweisen, wie klassischer Weise noch Marx, sondern ein echtes Kriterium für die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse (als sozialökonomischen) anzugeben weiß: Den rechtspolitisch inthronisierten Markt. Das dem Kapitalismus inhärente, positive Moment, welches die Marxistische Theorie wahlweise mit der Organisierung der arbeitenden Massen oder dem Grad der sozialen Arbeitsteilung identifizierte und gerade zu dessen Optimismus Anlaß gab, zum Sozialismus (als Kommunismus) sei der Weg nur kurz, ist bei Polanyi jetzt der Arbeitsmarkt. Er verdeutlicht dies an der Ablösung des Speenhamland-Systems (4) im England des frühen 19. Jahrhunderts durch ein nationales Armenrechtsgesetz. Erst dadurch, so meint er, würde der moderne Industrie-Kapitalismus voll wirksam. Entscheidend für die Überlegungen Polanyis ist dabei nicht nur eine Revision der marxschen Perspektive sondern vor allen Dingen auch seine Kritik an der klassischen, liberalen Nationalökonomie und deren Utopie eines selbstregulierenden Markts. Aus Polanyis Perspektive besteht nämlich die Transformation der frühindustriellen Vergesellschaftung zur modernen gerade darin, auf Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise und der Ausprägung universalistischer Staatsideen zu einem regulierten Markt um Arbeit, Boden und Geld überzugehen. Daß sind die beiden Wurzeln, die ökonomische und die politische, die seiner Ansicht zu den „Spannungen" führen. Polanyi meint die krisenhafte Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft durch Arbeit im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, vermeidet es aber tunlichst von Krise zu reden. Ein taktischer Zug, um nicht in die Verfänglichkeiten des Diskurses um die marxistische Krisentheorie zu geraten? Eine Distanz zu Marx ganz sicher. Er ist viel zu sehr Ökonom, um noch an das Gesetz vom Fall der Profitrate oder an das Lohngesetz zu glauben. Polanyi sieht den Konstruktionscharakter der ökonomischen Verhältnisse

durch rechtliche Normierung. In diesem Sinne vollzieht er auch zum Teil eine historische Kritik politischer Ökonomie. Allerdings nicht auf dem Hintergrund der Annahme, die Gesellschaft als sozialökonomischer Zusammenhang wäre eine durch Klassen geprägte, eine bürgerlich dominierte also, sondern von dem Gesichtspunkt einer falschen, weil liberalistischen Interventionspolitik am Markt aus. Seiner Meinung nach war es eine ökonomische Notwendigkeit, den aufsteigenden Nationalstaat in eine Marktgesellschaft zu transformieren, nur dass den liberalen Köpfen dabei das Ideal einer selbstregulierenden Ordnung und eigene politische Engstirnigkeit entgegenstand, um die sich daraus ergebenden Chancen sinnvoll zu nutzen. Polanyi pocht darauf, dass dieser Markt als Ordnung überhaupt erst durch politische Intervention entstanden ist, wenn auch mit all den grässlichen Folgen für den Großteil der arbeitenden Massen: „Die grausame Perversion bestand ja gerade darin, dass die Arbeiter zugegebenermaßen zu dem Zweck emanzipiert wurden, damit die Drohung mit dem Hunger wirksam werden könnte." (5)

Durch die Entfaltung einer rechtlich normierten Regelung von Angebot und Nachfrage, gerade in Bezug auf die Arbeitskraft, mit der Armengesetzgebung, stürzten die liberalen Staatsadepten und das hinter ihnen stehende, nach billiger Arbeitskraft hungernde Industriekapital weite Teile der arbeitenden Massen in die bürgerliche Gesellschaft und die Abhängigkeit von kapitalistischen Produktionsweisen erst hinein. Dies hält Polanyi aber nur deswegen für fatal, weil die liberalen Staats- und Marktlenker sich dabei selbst diese politische Macht der Ordnung des Marktes verleugneten, anstelle mit klugen Interventionen im Sinne des Allgemeinwohls zu agieren. Den liberalen Vorwurf in England bspw., die staatliche Intervention durch das Speenhamland-System hätte die ursprüngliche, selbstregulierende Ordnung des Marktes zerstört, begegnet Polanyi lapidar damit, dass „in Wahrheit" vorher gar keine Ordnung des Marktes existierte. Seine These ist ja auch nicht, dass der Markt keine eigenständigen Dynamiken hätte, sondern dass die Liberalen keineswegs vor politischen Interventionen (wie bspw. in der Frage des Goldstandards) in den Markt scheuten, dies sich aber nicht eingestehen wollten und weiter an einer Selbstregulation trotz Intervention festhielten. Gleichzeitig, und das hält Polanyi, hier klassisch marxistisch, für den Hauptgrund der falschen Politik, war aber auch, durch die liberale Hegemonie - oder in marxistischer Terminologie durch die Herrschaft

der Bourgeoisie - ein großer Teil der Menschen, in dessen Interessen ja solche Interventionen liegen würden (und sollten), von jeglicher politischen Einflußnahme abgeschnitten, schlimmer noch, es galt die Doktrin vom Klassenstaat: „In England wurde es zum ungeschriebenen Gesetz der Verfassung, dass der Arbeiterklasse das Stimmrecht verweigert bleiben müsse." (6)

Polanyi greift hier wesentlich die (nicht nur) liberale These an, die Arbeitskraft wäre eine Ware, deren Preis (Lohn) sich aus Angebot und Nachfrage bestimme. Mit der Folge, dass in den Lohnstreiks eben das (wenn auch illegitime) Mittel der Arbeiterschaft zur Preisfestsetzung ihrer Arbeit gesehen wurde und aus der liberalen Perspektive schon mehr als genügend politische Partizipation bedeutete.

Demokratiedefizite und ökonomische Unzulänglichkeiten/Krisen durch den Irrglauben einer falschen liberalen Politik im Übergang zu einer modernen Marktgesellschaft, so könnte man die kritische Signatur Polanyis zusammenfassen. Die Folgen solcher selbsttäuschenden, ideologisch durchdrungenen und letztlich eben auch interessegeleiteten Politik zeigt er sehr ausführlich in den verschiedenen Entwicklungen der einzelnen Nationalstaaten auf: an der Währungsfrage, der Frage der Budgetierung, am sich nach dem Krieg international entfaltenden Kreditsystem, am Hin und Her der wechselnden Regierungen. Die große Weltwirtschaftskrise von 1929 führt Polanyi nicht unerheblich auf diese liberalistische Unentschiedenheit zurück:

„Die Hartnäckigkeit, mit der die Anhänger des Wirtschaftliberalismus in einem kritischen Jahrzehnt autoritäre Interventionen im Dienst einer Deflationspolitik unterstützt hatten, führte bloß zu einer entscheidenden Schwächung der demokratischen Kräfte, die ansonsten vielleicht die faschistische Katastrophe hätten abwenden können."(7)

Bei aller Schockerfahrung, die er mit seiner ganzen Generation teilte, im Angesicht des grausigen Schlachtens, welches die faschistischen Bewegungen Europas entfalteten - vom deutschen Reichadler getragen - bedeutet die Absage an die politischen Bewegungen, der sein Konzept des staatlichen Interventionismus beschreibt, auch die Abkehr von jedem Partizipationsgedanken, von jeder echten Emanzipation, jedem aufklärerischen Ideal schließlich. Das Bewusstsein der Einzelnen bleibt ausgeschlossen von der Theorie, von den „objektiven" Dingen, die „da oben" vor sich gehen, von den wichtigen Interventionen des Staaten in den richtigen „objektiven Situationen", von dem was Parteifunktionäre eben so den ganzen Tag machen: „Die echte Antwort auf die drohende Bürokratie als Quelle des Machtmissbrauchs besteht darin, Bereiche unumschränkter Freiheit zu schaffen, die durch eiserne Regeln geschützt sind." (8)

Es zeigt sich letztlich, dass Polanyis Freiheitsbegriff kaum trägt. „Eiseren Regeln" die „Bereiche unumschränkter Freiheit" schaffen? Erst alles durchgehen lassen und dann aber richtig drauf!? Seine offensichtliche Ideologiekritik am Liberalismus, die ja im politischen Sinne auch herrschaftskritisch ist, hat ihn nicht so weit geführt, diese auf die eigene politische Perspektive zu verlängern und sich zu fragen, wer eigentlich das Subjekt dieser „neuen" Interventionspolitik sein soll und wie denn die tatsächlichen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen in markttechnischen Interventionen zur Geltung kommen. Von Polanyis Optimismus bleibt deshalb mehr nicht als Funktionärslogik zurück. Die Unzulänglichkeiten einer solchen Betrachtungsweise, werden offensichtlich, wenn er versucht, das Phänomen des Faschismus begrifflich zu fassen: „Wenn es je eine politische Bewegung gab, die den Erfordernissen einer objektiven Situation entsprach und nicht das Ergebnis zufälliger Ursachen darstellte, dann war es der Faschismus." (9)

Doch was sind die „objektiven Situationen“, wie unterscheiden sie sich von den Ergebnissen „zufälliger Ursachen“ und wer agiert? Polanyi ist schnell dabei, die Schuld am Faschismus verfehlter liberaler Marktpolitik und antidemokratischen Tendenzen im Bürgertum zuzurechnen. Als Putsch (Scheinrebellion) einer kleinen Elite, die ohne echte politische Bewegung die Macht quasi geschenkt bekam. Er bekommt dabei einfach nicht in den Griff, worin die Qualität des Faschismus, zumal nationalsozialistischer Prägung, bestand: in der plötzlichen Entfaltung einer politischen Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft, aus dem Herzen der Nation. Sie kam plötzlich, weil sie gar keine eigenen Organisationsformen benötigte, sie zielte ja auf die vorhandenen nationalen. Wie Polanyi den Kern des Faschismus mit einer autoritären Machtclique verwechselt, so irrt er sich auch in Bezug auf den Revisionismus, Nationalismus. Sie sind schließlich als die politischen Schlüsselmomente anzusehen, die der Rechten den parlamentarischen Weg zur Macht (zur zentralen Kontrolle des Staats), durch die liberale Verteidigung hindurch, überhaupt erst ermöglichten.

Letztlich, und das zeigt sich gerade an der Vorstellung von „Bewegung“, fällt Polanyis Konzeption bei aller gewollten Nähe zu Marx hinter diesen zurück. Daß der aufstrebende Staat im 19. Jahrhundert im Dienst der Bourgeoisie und nicht in dem der arbeitenden Massen stand, war für Marx offensichtlich. Seine Kritik und letztlich die darin intendierte politische Intervention richtete sich gegen die Art und Weise, wie die kapitalistische Produktion organisiert war, sie appellierte an das Bewusstsein der dort Arbeitenden, sich gegen ihre Zurichtung und Ausbeutung zu wehren. Für Polanyis Überlegungen spielen politische Bewegungen, das Bewusstsein der einzelnen Individuen, ihre Organisierungsformen, ihre Ideale und Ziele gar keine Rolle mehr. Mit den demokratischen Spielregeln (Stichwort: Analphabeten-Wahl) des nationalparlamentarischen Mehrparteiensystems, mit der Macht der sozialistischen Parteien über politische Interventionen am (Arbeits-)markt, mit der Macht auch mal in den kapitalistischen Alltag eingreifen zu können, hat sich der sozialistische Traum für Polanyi erfüllt: „Sozialismus ist dem Wesen nach die einer industriellen Zivilisation innenwohnende Tendenz, über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesellschaft unterordnet.“ (10)

(clov)

(**1**) Karl Polanyi, *„The Great Transformation“*, Suhrkamp, Frankfurt (Main), 1990 (1944)
(**2**) zum Revisionismus Eduard Bernsteins siehe u.a. ***Feierabend!*** #16, *„Zum Revisionismus i. d. dt. Sozialdemokratie“,* S. 12ff
(**3**) Ebenda, S. 331
(**4**) Das einzige aus der Geschichte bekannte System einer prinzipalischen Einkommensgarantie, das im Jahre 1795 von den Friedensrichtern von Berkshire in einer Zeit großer Not der von ihrem Land vertriebenen Armen beschlossen wurde. Diese Grundunterstützung wurde hierbei an den Brot-Preis gekoppelt.
(**5**) Ebenda, S. 299 - Das ist im übrigen auch die Kehrseite dessen, was bspw. Liberale wie T.H. Marshall noch als Errungenschaft des bürgerlichen Rechtstaats feiern, diese angebliche Freiheit, seine Arbeitskraft zu Markte tragen zu können.
(**6**) Ebenda, S. 300
(**7**) Ebenda, S. 311
(**8**) Ebenda, S. 338
(**9**) Ebenda, S. 314
(**10**) Ebenda, S. 311

London/Heathrow In our hands is placed a power...

Mitte August berichteten die Mainstream-Medien von einem Stück Wirklichkeit, das so manchem Kommentator absurd erscheinen mochte: einem Solidaritätsstreik.

Rund 1.000 MitarbeiterInnen der Fluggesellschaft *British Airways* (BA) legten am 11. und 12. August 2005 am Flughafen Heathrow (London) ihre Arbeit nieder, um sich mit der Belegschaft der Catering-Firma *Gate Gourmet* zu solidarisieren. Dort waren nämlich am Vortag 667 ArbeiterInnen entlassen worden, die sich einer Änderungskündigung verweigert und an einem wilden Streik teilgenommen hatten.

Die Initiative zum Solidaritätsstreik war von den GepäckarbeiterInnen ausgegangen und wurde bald vom Abfertigungspersonal und BusfahrerInnen aufgegriffen – wie auch die ArbeiterInnen von Gate Gourmet sind sie in der *Transport and General Workers Union* (TGWU) organisiert. Alle Flüge der BA mussten auf dem größten Flughafen Englands gestrichen werden – die Aktion der TransportarbeiterInnen hatte Auswirkungen auf insgesamt etwa 100.000 Passagiere und wird die BA wohl mindestens 60 der geschätzten 735 Mio. Euro Gewinn für 2005 kosten. Noch nie, so das Management, habe man in Heathrow den gesamten BA-Flugbetrieb einstellen müssen – den widerspenstigen ArbeiterInnen droht man inzwischen mit Lohnabzug und weiteren Disziplinarmaßnahmen. Dass diese sich davon nicht schrecken lassen, bewiesen sie im Sommer 2003 ebenso wie im August.

Gate Gourmet wird dieses Jahr mehrere Millionen Euro Verlust „erwirtschaften“ – ein „Sanierungsprogramm“, das mit der TGWU ausgehandelt wurde, sieht nun vor, dass fast 700 der insgesamt 2.000 MitarbeiterInnen mit einer Abfindung (ein halber Monatslohn, max. 1.000 Euro pro Beschäftigungsjahr) entlassen werden. Damit kommt man in der britischen Hauptstadt nicht weit, wo die Lebenshaltungskosten zu den weltweit höchsten gehören. Dieses „Angebot“, das Ende August vorgelegt wurde, richtet sich auch an die Mitte des Monats entlassenen ArbeiterInnen – aber nicht an die „Rädelsführer“. Die TGWU beharrt aber auf der Einbeziehung *aller* 667 ArbeiterInnen und will das notfalls mit einem Streik durchsetzen. Wohin die Reise nach Meinung des Managements gehen könnte, verdeutlichte jüngst der Einsatz von 130 LeiharbeiterInnen … das wurde im Allgemeinen als Provokation seitens des Managements begriffen. Ob sie sich auch hier wehren werden, so solidarisch wie bisher? A.E.

Dublin Solidarność reloaded?

Ganz perfekt ist die Globalisierung der Konzerne noch nicht ... die Supermarktkette Tesco etwa, die größte ihrer Art in England, ist in der BRD grademal mit Online-Shopping präsent ... was uns vor das schier unlösbare Problem stellte, wo wir, bitte schön, unsere Solidarität zum Ausdruck bringen sollten!

Wieso Solidarität? Ihren Ausgang nahm die Auseinandersetzung in einem Dubliner Lagerhaus der Logistiksparte von Tesco. Die Situation dort ist die, dass neben der festangestellten Kernbelegschaft (ca. 140 Leute) auch etwa 60 LeiharbeiterInnen (v.a. aus Osteuropa) im Lagerhaus schuften und für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn erhalten – die Differenz liegt bei mindestens drei Euro pro Stunde, oder 190 Euro pro Woche. Das ist *eine* Quelle des Firmengewinns, der sich 2004 auf täglich 4,4 Mio. Pfund belief.

Wenn man als ausländischer Leiharbeiter, also mit Sprachschwierigkeiten und in Unkenntnis der Rechtslage, bei Tesco anfängt, ist man über die 9,52 Euro pro Stunde erstmal ganz glücklich – immerhin liegt der gesetzliche Mindestlohn noch 2 Euro darunter. Nach einer Weile ist man aber geradezu gezwungen, die eigene Rolle im System Tesco kritisch zu hinterfragen: Denn diese „differenzierte Beschäftigung" ist nicht durch kurzfristige Höhepunkte im Arbeitsaufkommen bedingt, mit denen die Notwendigkeit von Leiharbeitsfirmen im Allgemeinen legitimiert werden soll. Sondern sie ist Unternehmensstrategie, um die Lohnkosten zu drücken und Forderungen der ArbeiterInnen zu erschweren.

Hinzu kommt, dass die Tagesnormen binnen weniger Monate um hundert Prozent erhöht wurden: sollte man im Frühjahr 2004 noch 500 Kartons pro Tag verladen, sollen die ArbeiterInnen nun 1.000 Kartons stemmen – wer darüber hinausgelangt, bekommt einen Lohnzuschlag. Diese gesundheitsschädlichen Normen werden den Beschäftigten in Einzelgesprächen mitgeteilt und können von Person zu Person unterschiedlich sein; so war es dem Management möglich, die Anforderungen derart zu erhöhen.

Ausschlaggebend für die gegenwärtige Mobilisierung ist die Entlassung zweier polnischer Leiharbeiter, die die Normerhöhungen nicht akzeptiert, sondern Forderungen gestellt hatten. Der Anarchist Radoslaw Sawicki ergriff als erster die Initiative: er kam mit einem T-Shirt auf Arbeit mit dem er erklärte „We're picking 800. No more." Die Kollegen machten deutlich, dass sie die Forderung voll & ganz unterstützten – so blieb Radek denn auch standhaft, als er zum Einzelgespräch mit dem Management zitiert wurde. Letztlich sind es aber nur wenige „Radikale", die die 800 Kartons nicht überschreiten. Die niedrige Beteiligung hat wohl v.a. mit der Angst vor Entlassung zu tun. Der erste Anlauf schien also zunächst vorbei, während die größte Gewerkschaft Irlands, die *Services, Industrial, Professional and Technical Union* (SIPTU) eine Klage gegen den offiziellen Arbeitgeber, die Zeitarbeitsagentur *Grafton*, vorbereitete und sich die ArbeiterInnen mit der blassen Hoffnung eines juristischen Erfolgs zufriedengaben. Radeks Traum von einem selbstorganisierten Arbeiterkomitee war erstmal geplatzt.

Als jedoch die polnische Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* einen Artikel über den Konflikt veröffentlichte, sah das Tesco-Management das Image des Unternehmens geschädigt und entließ Zbigniew Bukala und Radoslaw Sawicki – und die SIPTU hielt still!

Walka Trwa! Der Kampf geht weiter!

Mit diesem Schritt hatten sie sich jedoch verkalkuliert. Zwei Tage darauf, am 21.7.05, gründeten die Betroffenen zusammen mit Dubliner AnarchistInnen ein „Komitee zur Verteidigung der Tesco-Zeitarbeiter" und stellten folgende Forderungen auf:

1) sofortige Wiedereinstellung der beiden entlassenen Leiharbeiter bei Tesco,

2) Einführung des Prinzips, dass Leiharbeiter, die mehr als drei Monate bei Tesco arbeiten, einen Vertrag bei Tesco erhalten;

3) Abschaffung der Tagesnorm von 1.000 Kartons durch die Tesco-Distribution.

Protest bei Tesco: 750 - 800 - 1000 ...und der Vertrag in weiter Ferne.

Ende Juli organisierte das Komitee eine Protestaktion vor dem Lagerhaus und übergab seine Forderungen bei dieser Gelegenheit auch dem Management. Falls diese ignoriert würden, wollte das Komitee eine Reihe von Aktivitäten mit dem Ziel unternehmen, die Angelegenheit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen – auch Streiks und Blockaden wurden nicht ausgeschlossen. Aus Solidarität legten die ca. fünfzig Arbeiter im Lagerhaus zeitweise die Arbeit nieder, obwohl die SIPTU diese „illegale" Aktion nicht unterstützte.

Zeitgleich hat es an verschiedenen Tesco-Standorten in Polen (Gdynia, Poznan, Szczecin, Warsaw) Aktionen gegeben, bei denen die *OZZ Inicjatywa Pracownicza* und die *Federacja Anarchistyczna* Informationen über die Situation in Dublin verteilten. Auch in anderen Städten (Belfast, Glasgow, Leeds, London, Oxford, etc.) gab es Protestaktionen, die u.a. vom *Workers' Solidarity Movement, Organise!* und der *Industrial Workers of the World,* aber auch ehem. Tesco-ArbeiterInnen organisiert wurden – nicht wenige KundInnen suchten sich aus Solidarität einen anderen Supermarkt. So konnte das Stillhalten der SIPTU in gewissem Maße ausgeglichen werden. *Walka trwa...* A.E.

Weitere Infos: www.wildcat-www.de & http://parpatoo.w.interia.pl (auf engl.)

Irakische Ansichten 2005

In einer Umfrage des US-Fernsehsenders CNN vom 5.7.04, erklärte über die Hälfte der Befragten, der Angriffskrieg sei ein Fehler gewesen und der Abzug solle möglichst schnell erfolgen. Darin sind sich die Bevölkerungen des Iraks und der USA einig: Die irakische Bevölkerung ist zu ebenfalls 54 Prozent gegen die Besatzung.

Gelebte „Demokratie“ in Basra

Am 19. März diesen Jahres kam es an der Al-Basra Universität zu einem dreitägigen Streik der Studierenden.
Dieser richtete sich nicht etwa gegen Privatisierungen oder Reformen, sondern gegen einen Angriff von so genannten Sadiristen, Anhängern von Muktada al-Sadir, einem radikalen Schiitenprediger und Mahdi-Milizen.
Eine Woche zuvor war eine Gruppe von StudentInnen des Ingenieurscolleges bei einem Picknick in einem Basraer Park von vermummten Männern mit Gummi- und Holzstöcken angegriffen worden, wobei ein Student erschossen und 15 schwer verletzt wurden. Dieser hatte sich in die Schlägerei gemischt, um einer Studentin zu helfen, die derart verprügelt wurde, dass sie ein Auge verlor und zwei Monate im Koma lag. Bei seinem Hilfeversuch wurde er von den Angreifern in den Kopf geschossen.
Außerdem wurde den Ausflüglern alles, was sie von Wert bei sich hatten, abgenommen (Handys, Lautsprecher, Kameras) und 20 von ihnen wurden zu „Untersuchungen“ in Sadir's Büro gebracht, wo sie in der Nacht von ihren Eltern abgeholt werden sollten.
Begründet wurde die Attacke von einem Vertreter Sadir's damit, dass die StudentInnen sich im heiligen Monat des Muharram unmoralisch verhalten und die Sharia verletzt hätten, indem sie Musik hörten und sich offen mit Frauen unterhielten.
Ebenso hätte er vor dem Angriff telefonische Hinweise erhalten, daraufhin einige Gläubige als Beobachter geschickt und dann entschieden, dass man Ordnung schaffen müsse. Während dies geschah, hielt sich die ganze Zeit Polizei und britisches Militär in Sichtweite auf, ohne einzugreifen.
Aufgrund dieser Vorfälle demonstrierten tausende von Studierenden drei Tage lang

Alltag: die einen machen den Dreck, die anderen müssen ihn wegkehren ....

Die Zivilbevölkerung scheint vor allem eins zu sein: Arbeitslos – Schätzungen sprechen von 25-26 Millionen Einwohnern, darunter 12 Millionen Arbeitslose, also 85% der erwerbsfähigen Bevölkerung, wobei Hausfrauen nicht mitgerechnet wurden. Ansonsten gibt es kaum Elektrizität, mehr und mehr Analphabeten (da Schulen fehlen), die Häuser sind großteils noch immer nicht wieder aufgebaut und wie, um alles noch zu verschlimmern, gab die Regierung Mitte August bekannt, dass das Trinkwasser Bagdads nicht geniessbar sei.

Trotz oder gerade aufgrund der explosiv-gefährlichen Zustände, die im Irak an der Tagesordnung sind (vergleiche FA!18), versucht die Bevölkerung sich einen möglichst „normalen“ Alltag zu organisieren. Die Mehrheit versucht mit den häufigen Explosionen als eine Art Kulisse zu leben. Ob das immer gelingt bleibt fraglich, da die Auswirkungen der Besatzung viele Familien betreffen.
Die Menschen gehen einkaufen, zur Schule und fahren zur Arbeit mit Auto und Bussen. Auf Bagdads Straßen verkaufen Kleinsthändler, darunter auch Kinder gekühlte Getränke, um das Familieneinkommen aufzubessern. Andere arbeiten im Dienstleistungsgewerbe oder bei der Polizei. Das Durchschnittseinkommen ist laut den UN von US$255 im letzten Jahr auf US$144 gesunken, die Mietkosten dagegen haben sich seit 2003 verdoppelt. Daran hat auch die Regierungswahl im Januar nichts geändert.

Ethnische Spannungen?

Die seit den Januarwahlen 2005 verstärkt betonten „ethnischen Gruppen“, erweisen sich auf den zweiten Blick als unscharfe Begriffe. Eindeutig voneinander abgrenzen lassen sich Schiiten, Sunniten und Kurden nur als verschiedene Glaubensrichtungen des Islams. Doch auch hier sind es lediglich Oberbegriffe, die sich weiter ausdifferenzieren lassen. Überträgt man diese Kategorien auf die Politik, greifen sie nur sehr bedingt. Zwischen den Bevölkerungsgruppen lassen sich keine klaren Grenzen ziehen, was wohl u.a. an den ca. 1400 Jahren liegt, die Schiiten und Sunniten historisch teilen. Neben anderen Gruppen findet man im Irak sowohl schiitische und sunnitische Araber, sunnitische und schiitische Kurden, als auch schiitische und sunnitische Türken.
Mit den so genannten „Sunniten“, denen in den Medien derzeit vorgeworfen wird, sie seien aus Angst vor ethnischer Unterdrückung gegen die Verfassung und den Föderalismus, sind woh eher sunnitische Geschäftsleute gemeint, die sich um den Zugriff auf Einnahmen aus dem Ölexport sorgen. Das Gebiet, das hauptsächlich von Sunnitisch-Gläubigen bewohnt wird, liegt im Zentrum Iraks, während sich zwei Hauptquellen im Norden und Süden befinden. Im Norden und Süden leben mehrheitlich kurdische und schiitisch-gläubige Bevölkerungsteile, die föderalismusfreundlich eingestellt sind.

Setzte sich die Interimsregierung v.a. aus Vertretern religiöser Parteien und bekannter Persönlichkeiten zusammen, erscheint auch die nun „gewählte“ Regierung nicht wirklich vielversprechender für die Bevölkerung: Sie besteht hauptsächlich aus Jalal Talabani, Mitbegründer der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) als Präsidenten, Ghazi Yawer, einem ehemaligen Geschäftsmann und Stammesführer und Adel Abdul Mahdi, einem Islamisten und Selbständigem als Vizepräsidenten, und dem Emporkömmling Ja’afari als Ministerpräsidenten. Eben diese Regierung bittet die USA zum weiteren Verleib im Irak.

vor dem Gouverneursgebäude in Basra, wobei sie den Islam, die Tyrannei und Sadir zur Hölle wünschten. Die Polizei reagierte mit Angriffen und versuchte die Demonstration auseinander zu treiben.
Einige Tage darauf erschien der Gouverneur von Basra, Muhammad al-Wadi im irakischen Fernsehen und verkündete, man habe das Problem mit Sadir gelöst. Wie? Der Gouverneur traf sich mit Sadir‘s Vertretern unter der Vermittlung der schiitisch-islamischen Parteien von Basra. Offensichtlich kam man mit diesen überein, dass die schuldigen Parteien von einem religiösen Gericht bestraft und die Studierenden entschädigt werden sollten. So wurde die Angelegenheit also in einem religiös-tribal definierten Gremium „gelöst“ und zwar auf Gouverneursebene.
Das dazu einberufene Gericht verurteilte niemanden zu irgendwelchen Strafen. Stattdessen verlangte Sadir die Namen der Misshandelten zu erfahren, um diese zu entschädigen. Im Weitern bot er an, seine Milizen den Universitäten zur Verfügung zu stellen, um die Studierenden bei ihren zukünftigen Ausflügen zu beschützen.

Derzeit wird u.a. das Schulsystem privatisiert, wobei die US-Unternehmen Bechtel und die Consultinggesellschaft Caci International Inc. millionenschwere Verträge abgeschlossen haben. Caci International Inc. aus Washington, erhielt 157,1 Millionen US$, um „Musterschulen“ zu gründen und Lehrer auszubilden. Ebenso soll Caci für die irakische Regierung einen neuen Lehrplan entwickeln und Schulbücher drucken. Dasselbe Unternehmen kümmert sich gleichzeitig um die Vernehmung der Kriegsgefangenen. Die Firma Bechtel, die einen Globalauftrag zum Wiederaufbau der Infrastruktur erhielt, soll die Schulen errichten und ausstatten und ebenfalls Lehrer ausbilden. Zuvor war Bechtel allerdings an der Entwicklung von irakischen Waffen beteiligt und warb für den Krieg gegen den Irak, der zerstörte, was Bechtel und andere Firmen nun gewinnbringend wiederaufbauen.

Nachbarn

Diesen „Angeboten“ folgten Drohungen, dass die StudentInnen den Befehlen von Sadir’s Männern nicht gefolgt wären und diejenigen, die in den anschließenden Demonstrationen den Islam verurteilt hatten für ihre Blasphemie bestraft werden sollten.
Die Studierenden haben nach diesen Vorfällen alle Parteienvertreter aus der Uni verjagt und fordern weiterhin, dass die Milizmänner Sadir’s in einem öffentlichen Verfahren verurteilt werden und bewaffnete islamistische Gruppen keinen Zugang zum Universitätsgelände erhalten.
Die Sadiristen und Vertreter einiger religiöser Parteien haben sich selbst zu Wächtern der Bevölkerung von Basra und vieler Gouverneure im Süden ernannt. Ihre bewaffneten Anhänger „schützen“ ungebeten alle Schulen, Krankenhäuser und Regierungsgebäude, indem sie jeden beobachten und dafür sorgen, dass niemand die Scharia verletzt. Viele religiöse Parteien versuchten, sich bei den Januarwahlen als Alternative zum säkularen Staat (wie unter Hussein) zu profilieren, und hatten damit einigen Erfolg. Eine Wahl, die mit den heutigen Erfahrungen wohl anders ausgegangen wäre.

hannah

In den USA entstehen Organisationen von Kriegsveteranen, von denen einige mehrere Monate für Fahnenflucht einsaßen. Die „United for peace“, eine Gruppe von aktiven Kriegsgegnern, die 400 Mitglieder zählt und eine Anti-Rekrutierungskampagne führt, oder „Military Family Speak Out“, ein Zusammenschluss von Familien mit Militärangehörigen, die längst keinen Sinn mehr darin sehen, ihre Söhne in den Irak zu schicken.

Neben religiösen und politischen Gruppen hat sich auch die Zivilbevölkerung bewaffnet und macht davon Gebrauch. Bei mehreren Vorfällen sollen Geschäftsbesitzer und Einkäufer selbst zu den Waffen gegriffen und angreifende Gruppen von „Aufständigen“ in die Flucht geschlagen haben, wobei drei der Angreifer getötet wurden.
Im Irak, wo der Besitz von Waffen legal ist, kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen verschiedenen Gruppen, da erstere entweder zwischen die Fronten geraten oder direkt angegriffen werden.

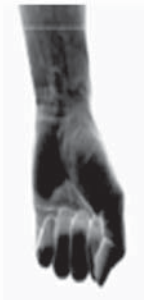
Vor allem im Ölsektor und dem Gesundheitswesen entwickeln sich Arbeitskämpfe. Im August 2003 organisierten Ölarbeiter mit Unterstützung aller Ölgewerkschaften einen Streik, der die gesamte Produktion stoppte. Daraus entstand die „General Union of Oil Employees“ (GUOE), die mittlerweile 23.000 Mitglieder hat. Mit dem Streik erreichten sie die bevorzugte Einstellung von Irakern gegenüber anderen Nationalitäten, die Reduzierung des US-Einflusses auf die Unternehmen und eine Lohnerhöhung. Das erste Ziel dieser Gewerkschaftsvereinigung war es, die Arbeiter zu organisieren, um die Produktionsstätten selbst zu reparieren und wieder zum Laufen zu bringen. Ende Mai diesen Jahres rief die GUOE erneut zum landesweiten Streik auf, um für einen höheren Prozentsatz, der in die lokale Wirtschaft aus dem Öleinkommen fließt und höhere Löhne zu streiten. Dabei erfuhren sie auch die Unterstützung des Gouverneurs von Basra. Berührungsängste zwischen Gewerkschaften und Politik scheint es nicht zu geben. Die GUOE appelliert ganz offen im Namen der nationalen Souveränität an die Zentralregierung, sich gegen die Privatisierung zu stellen.

Am 17. Januar 05 schlossen sich in Bagdad die Lederarbeiter für mehr Lohn zusammen und in mehreren irakischen Städten kam es gleichzeitig zu Streiks und Protesten. Im August 2005 streikten die Angestellten eines Krankenhauses in Kirkuk gegen geringe Bezahlung. Der Ausstand wurde abgebrochen, nachdem die Minister ihn zur Kenntnis genommen hatten, nicht ohne mit einem neuen Streik zu drohen, falls es bei Worten bleiben sollte.

Kunst am Rande der Südvorstadt

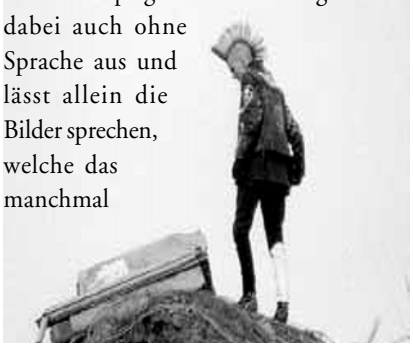
Am Ende der Südvorstadt in Richtung Connewitz versteckt sich in der Kantstraße 18 ganz unauffällig das alte Gebäude einer ehemaligen Kunst und Bauschlosserei. Diesen verlassenen Ort nutzten die Mitglieder des Kulturvereins „artpa“, um dort eine Plattform für Kunst, Künstler und die die es werden wollen zu installieren. Seit dem Austellungsbeginn im Oktober 2004 können gerade junge Künstler, ihre Konzepte vorstellen und die verfügbaren Räume nach ihren erarbeiteten Programmen ausgestalten und in die Öffentlichkeit tragen. Ziel soll es auch sein,neue Strömungen und Ideen zu fördern und diese ebenso breiten Schichten zu eröffnen. Die Mitglieder des Vereins wollen die Ausgestaltung und den Entscheidungsprozess den Künstlern selbstbestimmt überlassen und lediglich unterstützend zur Seite stehen. Das Projekt ist als allgemeinnütziger Verein organisiert und finanziert sich über Spenden, Mieteinnahmen für das Atelier und den Cafebetrieb. An der Aufstellung des Programms sind alle Mitglieder gleichermaßen beteiligt.

Zu Beginn jeder Ausstellung gibt es eine Eröffnungsfeier, wo neben der Ausstellung auch Livemusik und\oder Theater gezeigt wird. Die Ausstellungen selber laufen im 6 Wochen Takt und können immer während der Cafezeiten zwischen 18 und 22 Uhr jeden Mittwoch bis Sonntag bewundert oder kritisiert werden. Stellt auch die Malerei den derzeitigen Fokus dar, bleibt das Spektrum der Künste nicht darauf beschränkt, sondern beinhaltet Kunstformen von Musik, Theater, Photographie und Tanz über Lesungen und Film bis Performance und Installation. Dafür gibt es eine Fläche von 680 Quadratmeter mit einem Hof und zwei Gebäudeteilen.



Verschiedene gelungene Veranstaltungen hat der Verein bisher schon durchgeführt, darunter eine interkulturelle Ausstellung mit dem Namen *Grenzen\ Passage\Horizont,* wo u.a. Künstler aus Kroatien oder der Ukraine vertreten waren, sowie Gastspiele von Theatergruppen aus den Connewitzer Kammerspielen oder dem Kulturhaus „Villa“, die im Rahmen des Sommertheaters in der Kantstraße aufgetreten sind.

Derzeit präsentiert das Kunstprojekt Kantstraße einen einstündigen Film über das Leben und Wirken dreier Leipziger Künstler und einer Band aus Sachsen-Anhalt im Rahmen der Veranstaltung „TU!“. Initiiert und Gestaltet wurde das unabhängige Projekt von hiesigen Filmemachern mit Unterstützung der HTWK Leipzig. Im Film werden einzelne Interviews mit den Künstlern in eine Rahmenhandlung eingebettet. Der Protagonist ist auf einem Streifzug durch die Stadt und richtet seinen Blick auf die Industrieromantik Leipzigs. Die Handlung kommt dabei auch ohne Sprache aus und lässt allein die Bilder sprechen, welche das manchmal



schwere Dasein zwischen Stein und Beton einfangen ohne im Molochkitsch zu landen. Mittendrin werden die einzelnen Interviewsequenzen mit den hiesigen Künstlern collagenartig in dramaturgisch zugespitzter Form zwischengeschaltet und geben Einblicke in ihr Denken und Schaffen. Die Interviews enthalten Fragen über Gott und die Welt, das Wohin und Woher, das Wozu und Warum, eben alle großen Fragen des Menschen. Der Film vermeidet es, vorgekaute Antworten zu liefern die abgespickte Weisheiten vermitteln sollen. Darin steckt auch seine Stärke. Er ist ein melancholischer Blick auf eine Existenz, auf eine Stadt, auf das Leben, auf die Welt. Die mitunter scharfen Schnitte und weitläufigen Aufnahmen sowie die satte musikalische Untermalung fügen sich zu einem dichten Gesamtbild, was sich die 60 Minuten Filmlänge auch durchgängig trägt. Da kann mensch auch getrost drüber hinwegsehen, dass der Film seine Ankündigung als „Musikfilm“ nicht

konsequent bedienen kann, da das Musikalische des Films eher im Hintergrund bleibt und damit eben „nur“ unterstützend auftritt. Auch ist teilweise bei der Einarbeitung der Interviews in die Rahmenhandlung keine dramaturgische Fortführung zu sehen, sodass sich bestimmte Teile unnötig strecken. Fazit bleibt aber das der Film sehenswert ist, schon allein, weil mensch, sofern er Leipzig kennt, Stationen im Film wiedererkennt.

Gleich im Anschluss des Films gibt es die Möglichkeit die Werke der Künstler auch live in der Ausstellungshalle der Kantstraße zu begutachten. Die Ausstellung läuft noch bis 4. 9. und der dazugehörige Film eventuell noch den ganzen September über.

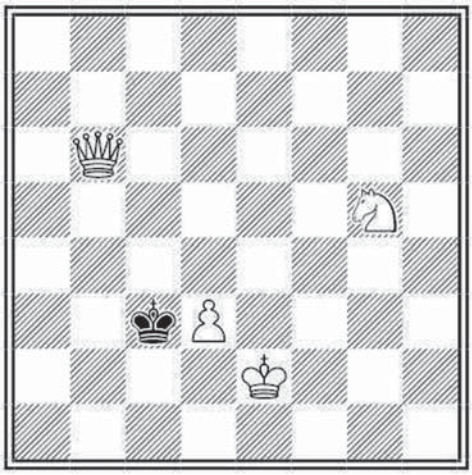
Des Weiteren gibt es von 9.9. bis 2.10. eine Ausstellung mit dem Namen „Intro–section“ mit Malereien von Antje Herold und Photographien von Kai Kovacs mitLife-Musik zu Ausstellungsbeginn. Wer am 30.9. die Kantraße besucht, bekommt eine Lesung von Kurt W. Fleming aus seinem Buch „Ein Schwejk in der NVA“ zu hören. Und schließlich findet am 22.9. in der Kantstraße ein Lifekonzert mit dem Sylke Peter Projekt aus Leipzig und den Deti Desti aus Prag statt. Die Kantstraße öffnet jeden Mittwoch bis Sonntag ihre Tore und lädt zur Auseinandersetzung mit jeder Dimension von Kunst ein.

karotte

artpa

www.artpa.de

Zwillingsaufgabe



Wie schafft Weiß ein Matt in drei Zügen?

Und für die ganz Fleißigen, die nie genug bekommen können: Vertauscht doch mal die Könige und stellt euch derselben Aufgabe.

Lösung *Feierabend!* #18

Gut,,gut, es war etwas knifflig, aber so schwer doch auch wieder nicht oder?
Hier die Lösung: Zuerst schickt Weiß den schwarzen Bauern auf die Reise, denn der König droht ihn vom Felde zu führen (mit Kd7-c8; b7-b5). Klar zerstört daraufhin Schwarz mit Lh7-f5+ alle Damenträume und Weiß ist gezwungen, den König auf d6 zu ziehen, um sich eine rettende Option offenzuhalten, worauf Schwarz den Bauern zieht. Jetzt die entscheidende Stelle: Weiß lässt den schier uneinholbaren Bauern links liegen und wendet sich stattdessen dem Läufer zu, um sich einen Zugvorteil zu verschaffen. Damit ist Schwarz gezwungen den Läufer zu decken. Was Weiß gereicht um den Bauern standesgemäß zu kätschn (fangen). Remis erreicht.

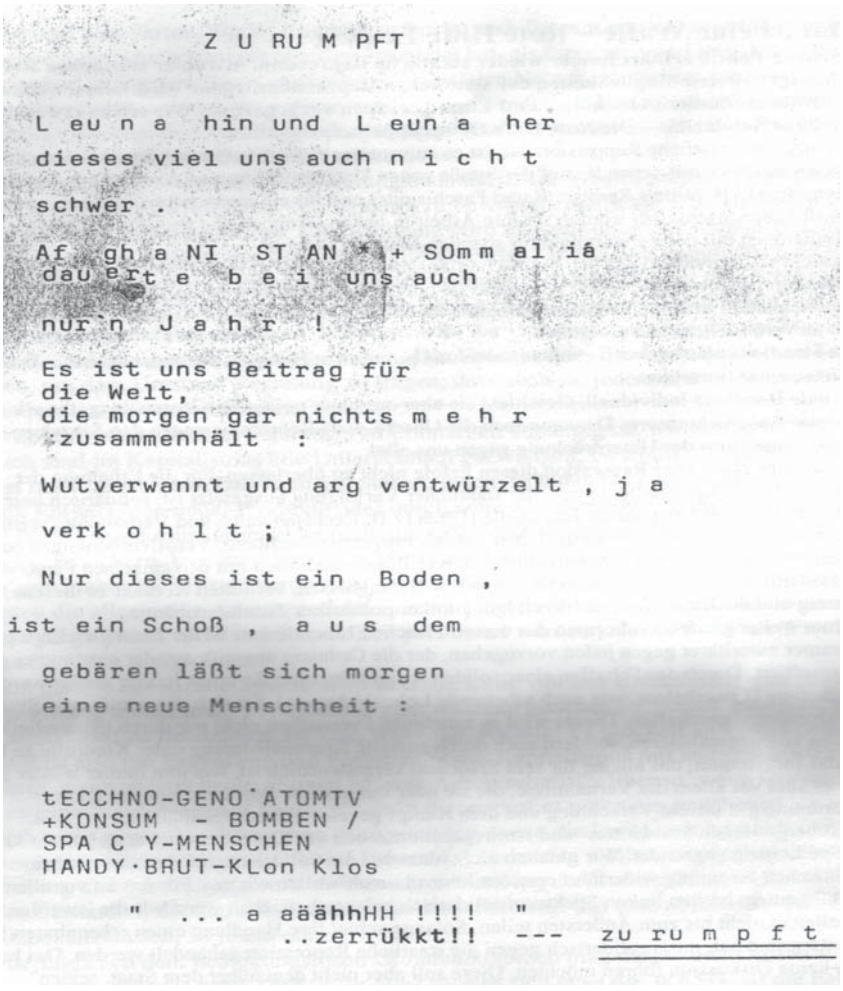
Emphatie

Phantasie mit Realität
verbunden
nicht nötig
Wünsche erfüllt
Illusio
Gewißheiten glücklich
Utopie

Traum bleibt nicht manifest
Prozesse der Wahrnehmung
Beschenken das pochende Herz
luftig lokalisiert

Glücklich
Wenn jetzt und hier
Ganz umfangen
Temperiert die Zeit verlässt
Keine Scheu
Atem

clara



Dirk

Des „Preisrätsels“ Auflösung aus dem letzten Heft

wegen unlauterem Wettbewerb und zu wenig bis keiner Zuschrift werd ich allein mitrocken - umsonst und kostenlos bleibe ich vor Ort und picknicke ... RABE

Und hier

gibts den ...

Eutritzsch
Bistro Kale wittenberger str. 56

Reudnitz
Bistro Pascha wurzener str. 7
Presseshop Dipetos Store riebeckstr. 6

Lindenau/Schleussig
Besser Leben holbeinstr. 2
Schlechtes Versteck könneritzstr. 32
Café Westen demmeringstr. 32
Heidis Dienstleistungscenter könneritzstr. 18
Lebensart Naturkost könneritzstr. 49
Presse-Service-Shop nonnenstr. 17 (elsterpark)
Afro-Club Tulamahash nonnenstr. 17 (elsterpark)

Zentrum
Beyerhaus ernst-schneller-str. 6
Bistro Al Safa leplay-str. 3
Connewitzer Verlagsbuchhandlung specks hof
Eine-Welt-Laden burgstr. 3
Klee Naturkost friedrich-ebert-str. 33
Libertäres Zentrum Libelle kolonnadenstr. 19
Uni Imbiss im hörsaalgebäude am augustusplatz

Connewitz
Café Similde simildenstr. 9
Buchhandlung el libro bornaische str. 3d
Frau Krause simildenstr. 8
Bistro Delal connewitzer kreuz

Südvorstadt
Bistro El Amir südplatz
Späti Esperantos Katzer schenkendorff str. 20
Imbiss Shahia karl-liebknecht-str. 88

Umland
„Konsum“ Eisenberg fabrikstr. 24
Buchladen König Kurt Dresden leonhard-str. 39
Stadtteilladen Dresden rudolfstr. 7

Stötteritz
Die Scheune oberdorfstr. 15
Hakan Bistro herrmannstr. 24
Mandragora papiermühlenstr. 22a
Zeitkaufhaus breslauer str. 2

Feierabend! gibt‘s auch im ABOnnement.

3 Ausgaben für 5 Euro
Auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich

Kontakt:
***Feierabend!* • Biedermannstr.20 • 04277 Leipzig**
feierabendle@web.de • www.feierabend.net.tc

Einsendeschluß für #20: 15.10.2005